

Armutsbetroffene und die Corona-Krise

Eine Erhebung zur sozialen Lage aus der Sicht
von Betroffenen



Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit,
Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK)

Stubenring 1, A-1010 Wien

+43 1 711 00-0

sozialministerium.at

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Redaktion: Die Armutskonferenz

Autorin: Evelyn Dawid

Coverbild: © istockphoto.com / CasarsaGuru

Layout: SHW – Stephan Hiegetsberger Werbegrafik-Design GmbH, 1170 Wien

Alle Rechte vorbehalten:

Jede kommerzielle Verwertung (auch auszugsweise) ist ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig. Dies gilt insbesondere für jede Art der Vervielfältigung, der Übersetzung, der Mikroverfilmung, der Wiedergabe in Fernsehen und Hörfunk, sowie für die Verbreitung und Einspeicherung in elektronische Medien wie z. B. Internet oder CD-Rom.

Im Falle von Zitierungen im Zuge von wissenschaftlichen Arbeiten sind als Quellenangabe „BMSGPK“ sowie der Titel der Publikation und das Erscheinungsjahr anzugeben.

Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Publikation trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des BMSGPK und der Autorin/des Autors ausgeschlossen ist. Rechtsausführungen stellen die unverbindliche Meinung der Autorin/des Autors dar und können der Rechtsprechung der unabhängigen Gerichte keinesfalls vorgreifen.

Inhalt

1 Armutsbetroffene und die Corona-Krise.....	2
Executive Summary.....	3
1.1 Einleitung.....	5
1.2.1 Forschungsziele und -fragen.....	6
1.2.2 Forschungsdesign und -methoden.....	8
1.3 Die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf Armutsbetroffene und bedrohte.....	9
1.3.1 Arbeit – Ungewissheit und Zukunftsängste.....	10
1.3.2 Finanzielle Enge – weniger Einkommen, steigende Preise.....	15
1.3.3 Lockdown & Ausgangsbeschränkung – Turbulenzen für Psyche und soziales Gefüge.....	22
1.3.4 Gesundheit als oberste Priorität – steife Gelenke und vertagte Therapien.....	29
1.3.5 Homeschooling – eine permanente Herausforderung.....	31
1.4 Hilfe und Unterstützung – was wie gut funktioniert hat.....	34
1.5 Was hilfreich (gewesen) wäre.....	43
1.6 Ein Blick in die Glaskugel – Stillstand und verhaltener Optimismus.....	48
1.7 Forschungslücken, die zu schließen wären	52
Abkürzungsverzeichnis.....	54



1 Armutsbetroffene und die Corona-Krise

Evelyn Dawid
(Österreichische Armutskonferenz)

Executive Summary

Der Ausnahmezustand rund um die COVID-19-Pandemie bringt regelmäßig soziale Ungleichheit und Missstände im Arbeitsleben ins Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit. Auch in dieser qualitativen Studie der Österreichischen Armutskonferenz entfaltete die Pandemie diese „enthüllende“ Kraft. Gefragt war nach den Auswirkungen der Corona-Krise auf das Leben von Menschen, die in Österreich von Armut bedroht oder betroffen sind. Zusätzlich zu vielen Details aus dem Corona-Alltag jener, die schon lange wissen, wie sich Armut anfühlt, aber auch jener, die aktuell ihren Job, ihr Engagement als Kunstschaffende oder ihre Aufträge als Ein-Personen-Unternehmer*innen (EPU) verloren haben und deshalb in die Nähe von Armut geraten sind, zeigt die Studie auch allgemeine Entwicklungen, etwa einige **Bruchlinien in der Gesellschaft**, die in den letzten Monaten sichtbar wurden: zwischen Arm und Mittelständisch, Arbeitslos und Erwerbstätig, Alt und Jung.

Wer vor dem März 2020 prekär oder gar irregulär gearbeitet hatte, konnte in den Wochen danach seinen bzw. ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft kaum noch bestreiten. Wer in prekären Verhältnissen arbeitet, kann einen wochenlangen Lockdown bzw. eine noch längere Zeit mit geringerem oder gar keinem Erwerbseinkommen nicht überbrücken. Betrachtet man also Gruppen, die schon im Frühjahr 2020 nicht mehr wussten, wie sie ihr Leben bestreiten sollen, stößt man oft auf **prekäre Arbeitsverhältnisse** aus den Zeiten der Normalität, z. B. bei den freiberuflichen Kunstschaffenden. Sie arbeiten für Kultureinrichtungen mit gutem Ruf, entwerfen Kostüme, spielen im Orchester oder sind im Hintergrund tätig, aber ihre Gagen sind beschämend niedrig und der Sozialversicherungsschutz löchrig.

Das geringfügige Zusatzeinkommen als Zünglein an der Waage: Es gibt eine große Zahl von Armutsbetroffenen, die einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen und dadurch Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder (Mindest-) Pension aufbessert. 2020 lag die Geringfügigkeitsgrenze bei 460,66 Euro monatlich – das ist im Verhältnis zum Sozialleistungsbezug viel Geld. Viele verloren ihre geringfügige Beschäftigung nach dem Lockdown und damit einen beträchtlichen Teil eines Einkommens, das so knapp ist, dass jeder Euro zählt.

Die **Arbeit** ist das zentrale Anliegen der Befragten, der Kunstschaffenden, der EPU (denen die Aufträge weggebrochen sind), der „neuen“ Arbeitslosen, der Erwerbstätigen (die mit der Arbeit im Homeoffice gekämpft haben), der Langzeitarbeitslosen (die ihre Chancen angesichts der neuen, besser qualifizierten Konkurrenz am Arbeitsmarkt schwinden sehen) sowie einer Gruppe, die bisher unbeachtet war: jener Empfänger*innen einer Sozialleistung, die eine geringfügige Zusatzbeschäftigung (und damit bis zu ein Drittel ihres Gesamteinkommens) infolge der Corona-Krise verloren haben, ohne Aussicht auf staatliche Hilfe.

Der **Lockdown** traf Armutsbetroffene besonders heftig: Sie empfanden (wie viele andere Befragte auch) die Kommunikation der Ausgangsbeschränkungen als unklar. Die Unsicherheit darüber, was verboten sei, führte dazu, dass sich manche kaum ins Freie traute, auch weil sie die (für sie unerschwinglich) hohen Strafen fürchteten. Armutsbetroffene gehören außerdem wegen ihrer tendenziell schlechteren Gesundheit überdurchschnittlich oft einer Risikogruppe an. Manche verließen im Lockdown nie das Haus und **vereinsamten** zusehends. All dies verursachte massive **psychische Probleme**: Ängste, Aggressionen und Depressionen, die im Sommer noch immer da waren. Probleme, die manche bereits seit langer Zeit begleiten, wurden nun (wieder) akut. Die Corona-Krise machte die **hohe Vulnerabilität** dieser Menschen sichtbar. Er hatte auf ihr Wohlbefinden, aber auch auf ihren Bewegungsradius besonders starken Einfluss. Auch die anderen Befragten litten unter solchen Folgen des Lockdowns, konnten aber besser damit umgehen.

Was ausschließlich Armutsbetroffene aufgrund der engen Haushaltsbudgets spürten, war die geringfügige, aber stetige **Preissteigerung** bei Lebensmitteln, vor allem Obst und Gemüse, und die deutlichere z.B. bei Versandhandel und Gastronomie. Heizkosten schlugen sich zu Buche und billiges Brennmaterial war nicht verfügbar. Auch bemerkten sie bereits früh Beschämungs- und Spaltungstendenzen gegenüber und innerhalb Betroffener. Armutsbetroffene weisen hier ein geschärftes Sensorium auf, weil sie aufgrund ihrer schwachen Position in der Gesellschaft schon kleine Veränderungen am eigenen Leib zu spüren bekommen.

Das **Homeschooling** machte armutsbetroffenen Alleinerziehern*innen das Leben schwer: Aus den Schulen erhielten sie keine Unterstützung, die Kinder lernten nicht oder nur widerspenstig, vor allem aber reichte die Computer- und Internetausstattung für den Online-Unterricht nicht aus, speziell in Mehrkindfamilien. Die befragten Mütter äußerten die Befürchtung, ihre Kinder seien noch weiter hinter die materiell besser gestellten Schulkollegen*innen zurückgefallen, weil dieses Schuljahr de facto verloren sei.

Nicht nur das Homeschooling zeigte, dass Armutsbetroffene nicht voll an der Gesellschaft teilhaben konnten, weil ihnen **Computer, ein schnelles, stabiles Internet sowie Drucker/Scanner im Haushalt fehlen**. Dies war auch für Amtswege, Bewerbungsunterlagen, Studium und nicht zuletzt die Pflege der sozialen Kontakte problematisch.

Alle Befragten traten bei den Ausgaben leise. Allen machte die **Unsicherheit über die Zukunft** zu schaffen, speziell den Kunstschaffenden und EPU, die ohne ausreichende Engagements bzw. Aufträge für den Herbst und das Jahr 2021 waren. Viele haben bereits ihre Tätigkeitsfelder ausgeweitet und Exit-Strategien erdacht, fürchten aber eine Schwächung ihrer Position gegenüber den Auftraggebern*innen, das heißt nachteilige Vertragsbedingungen und niedrigere Gagen bzw. Honorare.

Die wichtigsten, weil unkomplizierten, raschen und stetigen **Hilfsleistungen** kamen aus dem privaten Umfeld, insbesondere die Eltern der keineswegs jungen Befragten sprangen ein. Die Unterstützung durch soziale Einrichtungen (z.B. Caritas, Diakonie) gewann ebenfalls an Bedeutung. Die staatliche Corona-Hilfe sorgte gleichermaßen für Erleichterung wie Kritik: Sie habe, als sie ankam, zu großer Entlastung geführt und vor Zahlungsunfähigkeit bewahrt. Die Hilfe sei aber zu spät (z. B. Überbrückungsfinanzierung für Künstler*innen) oder noch gar nicht (z. B. Familienhärtefallfonds) ausgezahlt worden, die Vergaberichtlinien seien unklar bis irreführend. Manche EPU seien überhaupt durch die Maschen des Netzes gefallen.

1.1 Einleitung

Wir leben in einer Zeit der Extreme. Ausnahmsweise ist es passend, auf eine so absolute Formulierung zurückzugreifen, um das Besondere der Gegenwart zu beschreiben. Superlative werden normalerweise inflationär verwendet, um den eigenen Erlebnissen mehr Gewicht zu verleihen, und zeugen so vor allem von historischen Wissenslücken und der Überschätzung des Jetzt und Hier. Aber das Coronavirus SARS-CoV-2 hat uns tatsächlich in eine Ausnahmesituation gebracht. Seit März 2020 wurden nahezu auf der ganzen Welt Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie ergriffen, die in unserem – westlich und demokratisch geprägten – Empfinden extrem sind: was die Einschränkungen von Alltags-, Kultur- und Wirtschaftsleben und die Eingriffe in die Privatsphäre der Menschen anlangt, aber auch das Ausmaß an Unsicherheit und Angst sowie die vielfältigen Folgen für Staaten, Unternehmen und Individuen. Die Maßnahmen riefen aber auch extrem(istische) Reaktionen hervor, von denen die Medien fast täglich Zeugnis liefern. Inhaltliche Positionen haben sich verhärtet, sind auseinandergedriftet und haben häufig die gemeinsame Schnittmenge in der Mitte verloren.

Das Thema Armut rückte durch die COVID-19-Pandemie sehr rasch in den Fokus der Aufmerksamkeit. Die Zahl der Arbeitslosen ist explodiert, und die riesige Menge von Kurzarbeitenden rückt eine noch höhere Arbeitslosigkeit in den Bereich des Möglichen. Unternehmen und kleine Selbstständige haben von einem Tag auf den anderen ihr Einkommen vollständig oder zumindest zum beträchtlichen Teil verloren. Wer auf oder hinter Theater- Opern-, Konzert- oder Kleinkunsth Bühnen bzw. im Eventbereich gearbeitet hatte, stand völlig unerwartet vor geschlossenen Toren und ohne Engagement bzw. Aufträge da. Wie die Armutsforschung immer wieder belegt, stehen Erwerbsarbeitslosigkeit und Armut in untrennbarer Beziehung zueinander. Der Kreis der Personen, die in Zukunft von Armut bedroht sein könnte bzw. zumindest kurzfristig bereits in Armut gerutscht ist, hat sich also zahlenmäßig beträchtlich vergrößert und, was die betroffenen Gruppen anlangt, deutlich erweitert. Diese neue mögliche Armut steht so sehr im Mittelpunkt, dass die schon vor der COVID-19-Pandemie nachweislich von Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung Betroffenen aus dem Blickfeld der öffentlichen

Aufmerksamkeit verschwunden sind. Doch damit nicht genug: Jene Personengruppen, die durch das Coronavirus „unverschuldet“ in Not geraten seien, müsse der Staat nach Kräften unterstützen, so lautete der Konsens – und unterstellte damit durchaus subtil, die anderen Armutsbetroffenen seien an ihrer Situation selbst schuld. Eine gesellschaftliche Bruchlinie, die wohl schon vor der Pandemie bestanden hat, wurde offensichtlicher.

Die vorliegende Studie untersucht die Auswirkungen der so genannten Corona-Krise auf den Alltag armutsbedrohter und armutsbetroffener Personen in Österreich. Sie berücksichtigt in besonderem Maß jene hoch vulnerablen Personengruppen, die bereits seit längerer Zeit ein Einkommen unter oder nahe der Armutsgefährdungsschwelle haben und/oder gesellschaftlich ausgegrenzt werden. Aber sie untersucht auch die Situation jener Gruppen, die infolge der COVID-19-Pandemie neuerdings in (oder in die Nähe von) Armut geraten sind.

Die Ergebnisse dieser qualitativen Erhebung sind dem Alltag und dem Erfahrungsschatz in Österreich lebender Menschen entnommen (die ausgewerteten Daten wurden in Gruppendiskussionen gewonnen) und lassen erkennen, welche konkreten Auswirkungen die Konfrontation mit einer Pandemie und einem Lockdown hatte. Sie zeigen auf, welche staatlichen und privaten Unterstützungsmaßnahmen gegriffen haben und wo bis dato Lücken bestehen. Sie verweisen auf Ansatzpunkte für die sinnvolle Gestaltung zukünftiger Hilfsangebote. Eine qualitative Studie bringt stets viele praxisnahe Details zu Tage, die allgemeine Schlüsse durchaus zulassen, aber niemals repräsentativ im statistischen Sinn sind. Und doch vermag gerade die qualitative Forschung mit ihrer Liebe zum Detail, sich anbahnende gesellschaftliche Bewegungen anzuzeigen, quasi als besonders feiner Seismograph. Neben der Fülle an lebensnahen Einzelheiten, die in weiterer Folge hier präsentiert werden, weisen die Daten darauf hin, dass das Extreme der Corona-Krise gesellschaftliche Missstände mit einer Klarheit zu Tage brachte, die zuweilen schmerzt (wie etwa im Falle der prekären Arbeitsbedingungen von selbstständigen Kulturschaffenden oder Leiharbeiter*innen), und gesellschaftliche Bruchlinien und Gräben sichtbar machte und zum Teil auch weiter öffnete (wie etwa jene zwischen Arm und Mittelständisch oder Alt und Jung).

1.2 Das Forschungsprojekt

1.2.1 Forschungsziele und -fragen

Unsere Studie verfolgt drei Ziele: Sie möchte erstens zeigen, welche Aspekte der COVID-19-Pandemie bzw. welche der in Österreich gesetzten Eindämmungsmaßnahmen im Leben von Armutsbetroffenen und -gefährdeten eine Wirkung entfaltet haben, und wie diese Wirkung konkret ausgesehen hat. Zweitens möchte sie überprüfen, wie zielsicher die Hilfsangebote der Bundesregierung in den Augen der Betroffenen sind, und ob Lücken und Verbesserungsbedarf wahrgenommen werden. Drittens will sie eine empirisch

basierte und lebensnahe Entscheidungshilfe für die Gestaltung eventueller zukünftiger Maßnahmen liefern. Um dies zu erreichen, wurden fünf Forschungsfragen formuliert.

Ein qualitativer Zugang bringt den Vorteil, dass neue Fragestellungen, die sich im Lauf des Forschungsprozesses ergeben, integriert werden können und sollen. In unserem Fall zeigte sich gegen Mitte der Projektlaufzeit, dass wir Frage 2 nicht in der angestrebten Tiefe beantworten würden können, da es uns nicht gelang, passende Personen in ausreichender Zahl zu rekrutieren (siehe auch den Kasten in Kapitel 1.3.2). Wir fügten als Punkt sechs eine Sub-Fragestellung hinzu, um einerseits Frage 2 vollständiger beantworten zu können und andererseits Erkenntnisse für die Konzipierung von bzw. den Bedarf an zukünftigen Projekten zu gewinnen.

- 1. Welche Auswirkungen hat die Corona-Krise auf Armutsbetroffene in Österreich auf**
 - Wohnen
 - Gesundheit
 - Ernährung
 - Familie
 - Schule und Bildung
 - Psychosoziales
 - Teilhabe & Freundschaften
 - Verfügbare finanzielle Mittel
- 2. Welche Auswirkungen spür(t)en Personengruppen, die infolge der Corona-Krise beträchtliche Einkommenseinbußen in Kauf nehmen mussten, in den in Forschungsfrage 1 genannten Lebensbereichen.**
- 3. Welche Unterstützungsangebote wurden beantragt/erbeten, welche tatsächlich in Anspruch genommen, und wie gut haben diese funktioniert?**
 - staatlich (Umgang mit Ämtern und Behörden, Zugang zu Sozialleistungen)
 - privat (Familie, Freunde, soziale Organisationen)
- 4. Welche Unterstützungsangebote wären nötig, um die Lage der Armutsbetroffenen und -gefährdeten zu verbessern?**
- 5. Welche Zukunftsperspektiven, Erwartungen, Hoffnung, Hoffnungslosigkeit werden geäußert?**
- 6. Aus welchen Gründen fühlten sich im Sommer 2020 Personen, die 1. infolge des Lockdowns arbeitslos geworden waren, 2. infolge des Lockdowns in Kurzarbeit gehen mussten oder 3. ein Ein-Personen-Unternehmen betreiben, von der Fragestellung der Studie nicht angesprochen, obwohl Statistiken und Medienberichte dies nahelegen? Und wieso galt dies nicht für selbstständig tätige Kulturschaffende, die auf und hinter der Bühne arbeiten?**

1.2.2 Forschungsdesign und -methoden

Um die Lebensrealität alter und neuer Armutsbetroffener und bedrohter abzubilden, ließen wir diese selbst zu Wort kommen und ihre Perspektive darstellen. Das Methodenset der qualitativen empirischen Sozialforschung ermöglicht es, solche Daten kontrolliert zu sammeln und im Auswertungsprozess so zu strukturieren, dass Erkenntnisse mit Allgemeingültigkeit gewonnen werden. Man gewinnt Einblick, wie sich die soziale Lage im Sommer 2020 „von unten gesehen“ anfühlte und darstellte. Noch einmal sei wiederholt, dass Repräsentativität im statistischen Sinn weder angestrebt noch erreicht wird.

Für die Erhebung der Daten waren sechs Fokusgruppen geplant. Die Auswahl der Teilnehmer*innen wurde von drei Faktoren bestimmt, die (wie die Armutsforschung belegt) das Armutsrisiko deutlich erhöhen (Familienkonstellation, Arbeit & Arbeitslosigkeit und gesundheitliche Beeinträchtigungen), ergänzt durch den Faktor selbstständige Erwerbstätigkeit (ausschließlich Klein- oder Einzelunternehmer*innen), der sich in der Corona-Krise als ausnehmend kritisch erwiesen hat, speziell für Kulturschaffende im darstellenden Bereich (z. B. Musik & Theater).

Tatsächlich konnten wir nur fünf Fokusgruppen durchführen: drei davon mit Personen, die bereits vor der Corona-Krise von Armut bedroht oder gefährdet gewesen sind (in Wien, Graz und Salzburg). Eine vierte Fokusgruppe mit Selbständigen, die auf oder hinter der Bühne arbeiten, fand in Wien statt. Es gelang nicht, die anderen beiden geplanten Gruppen in der gewünschten Homogenität zusammenzustellen: jene mit den Selbständigen, die die mehrmonatige Arbeitspause nicht finanzieren konnten, und jene mit Personen, die infolge der COVID-19-Pandemie arbeitslos bzw. in Kurzarbeit waren. Wir entschieden uns, nur eine weitere Diskussion in Wien durchzuführen, gemischt besetzt mit beiden Zielgruppen, die inhaltlich von den Selbständigen geprägt wurde.

32 Personen (75 % Frauen) nahmen insgesamt an den Diskussionen teil, die jeweils 2 bis 2,5 Stunden dauerten (Summe: 10 Std. 20 Min.), entlang eines Leitfadens moderiert, aufgezeichnet und wörtlich transkribiert wurden. Die Auswertung der Transkripte (142 Seiten, Schrift: Calibri 11 pt, einzeilig gesetzt) erfolgte auf Basis der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring. Wir fassten die Kunstschaffenden mit den anderen Selbständigen zu einer Gruppe zusammen und erhielten so die Grundlage für eine sinnvolle Auswertung. Personen, die durch die Corona-Krise arbeitslos geworden oder in Kurzarbeit waren, wurden für eine Darstellung ihrer Lebenssituation aber nicht ausreichend erfasst.

1.3 Die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf Armutsbetroffene und bedrohte

Es war gut, dass wir uns für einen qualitativen und daher offenen Zugang entschieden hatten, das wurde in den Fokusgruppen sofort klar. Wir hatten nämlich, wie sich zeigte, einen Bereich, der für viele Befragte in der Corona-Krise besonders wichtig war und ist, in unserer Fragestellung nicht berücksichtigt: die Arbeit. Die Kunstschaffenden und jene, die in Folge der COVID-19-Pandemie ihren Job verloren hatten, sprachen in der Runde kaum von etwas anderem und gaben auch auf ausdrückliche Nachfrage an, ihre Arbeit sei das Themenfeld, das von der COVID-19-Pandemie am meisten betroffen sei. Ähnlich beantworteten die Selbstständigen diese Frage, die in jeder Fokusgruppe gestellt wurde, aber mit dem Unterschied, dass hier auch Geldmangel – und zwar in Zusammenhang mit der Arbeit – eine gewisse Rolle spielt, weil finanzielle Mittel fehlen, um den Betrieb wieder starten zu können. Interessanterweise war aber auch den „alten“ Armutsbetroffenen die Arbeit wichtig: den Working Poor und jenen, die neben dem Bezug einer Sozialleistung geringfügig erwerbstätig sind bzw. vor dem Lockdown waren. Noch stärkere Effekte spürten die „alten“ Armutsbetroffenen aber im psychosozialen Bereich. Aggressionen, Ängste und depressive Verstimmungen wurden zwar in allen Diskussionen angesprochen, am öftesten aber von den Armutsbetroffenen, die all dies in Zusammenhang mit einer neuen Einsamkeit brachten. Der Punkt „Psychosoziales“ aus unseren Forschungsfragen verschmolz also mit „Teilhabe & Freundschaften“. Auch die anderen Lebensbereiche, denen unser Forschungsinteresse galt, wurden zwar in allen Gesprächen diskutiert, haben aber je nach Zielgruppe einen unterschiedlichen Stellenwert. Einzig das „Wohnen“ hatte für die Befragten im Kontext der COVID-19-Pandemie kaum Bedeutung.

Dieses Kapitel widmet sich den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Armutsbedrohte und -betroffene in Österreich. In den Fokusgruppen wurde eine Vielzahl an Aspekten angesprochen, einige davon sind nicht nur für die von uns untersuchten Gruppen wichtig, sondern greifen Fragen auf, die von allgemeinerer Relevanz sind. Wir haben auch diese Themen in den vorliegenden Bericht aufgenommen: als Exkurse, sofort erkennbar, weil sie in blauen Boxen untergebracht sind. Wir haben uns für die Aufnahme dieser Exkurse entschieden, weil mit den Methoden der qualitativen Sozialforschung Phänomene und Entwicklungen frühzeitig erfasst werden können: bevor sie z.B. statistisch messbar sind. Konkret etwa haben Armutsbetroffene in mancher Hinsicht ein geschärftes Sensorium, weil sie aufgrund ihrer schwachen Position in der Gesellschaft schon kleine Veränderungen am eigenen Leib zu spüren bekommen: Wenn Aggressionen zunehmen, dann wenden sie sich am ehesten gegen jene, die sich schlecht wehren können. Wenn die Preise geringfügigste steigen, merken das nur jene, die jeden Cent umdrehen müssen.

Wir verlassen jetzt ein Stück weit unser wissenschaftliches Relevanzsystem und nehmen jenes der Betroffenen auf: Nicht der Aufbau der Forschungsfragen bestimmt die Darstellung, sondern die Lebensrealität der Befragten, so wie sie uns beschrieben

wurde. Da die Forschungsfragen aber Erhebung und Auswertung geleitet haben, werden sie beantwortet: nahe am Leben, wie es sich „von unten“ darstellt.

1.3.1 Arbeit – Ungewissheit und Zukunftsängste

„Es gibt so viele Arbeitslose, die gerade erst arbeitslos geworden sind. Wer wird dann einen nehmen, der zehn Jahre arbeitslos war? Insofern gab es jetzt auch ein Gespräch mit meiner AMS-Beraterin, das sehr nett war, aber ich muss ganz ehrlich sagen, Zukunftsperspektive konnte sie mir keine geben.“ (Wien_E)

Von den 32 Teilnehmern*innen an den Fokusgruppen waren drei im Sommer 2020 unselbstständig erwerbstätig, elf hatten vor dem Lockdown als Selbstständige gearbeitet (darunter fünf auf oder hinter der Bühne), und vier hatten ihren Arbeitsplatz infolge der COVID-19-Pandemie verloren. Dass die Arbeit für diese 18 Personen eine große Rolle spielte, ist wenig überraschend. Dass dies auch für viele der restlichen Befragten galt, liegt einerseits daran, dass sieben von ihnen zwar hauptsächlich von Pension oder Sozialleistungen leben, vor der Corona-Krise aber zusätzlich geringfügig beschäftigt waren und damit ein Erwerbseinkommen bezogen hatten, das bis zu einem ein Drittel ihrer Einkünfte ausgemacht hatte. Andererseits befanden sich mit Ausnahme der chronisch Kranken und Pensionisten*innen alle Sozialleistungsbezieher*innen auf Jobsuche, und das auf einem Arbeitsmarkt, der ihnen aufgrund der Corona-Krise immer weniger Chancen bot, insbesondere wenn sie als langzeitarbeitslos einzustufen waren. Auch im Alltag war die Arbeitssuche präsent: Infolge des Lockdowns war die Wartezeit auf einen AMS-Termin sehr lange und das Erstellen der Bewerbungsunterlagen für manche Armutsbetroffene fast unmöglich geworden, wenn sie nämlich zu Hause keinen Drucker bzw. Scanner haben.

„Wir hatten das massive Problem, dass ich keinen Drucker, keinen Scanner oder so zu Hause habe. (...) Für das AMS musste ich mich ja weiter bewerben. (...) Das war fast infrastrukturell für mich das größte Thema im Lockdown, was ich immer noch habe. Weil jetzt habe ich mich wo beworben, und dann wollten die von mir, ja scannen Sie mir das ein. Ich habe keinen Scanner zu Hause. Und das ist echt ein Problem, weil die dann halt anhören: Ja wieso hat die keinen Drucker zu Hause?“ (Wien_D)

Die drei **unselbstständig erwerbstätigen Teilnehmerinnen** sind Working Poor, zwei von ihnen sind Alleinerzieherinnen, die dritte gesundheitlich beeinträchtigt. Alle drei sind schon seit langem von Armut betroffen bzw. bedroht. Zwei der Frauen übersiedelten ihren Arbeitsplatz nach dem Lockdown ins Homeoffice. Für beide bedeutete dies Stress, wenn auch unterschiedlicher Art: Die eine berichtete von einem massiven Druck, „schnell zu sein und zu arbeiten und zu parieren“ (Wien_B), sie habe 12 bis 14 Stunden täglich gearbeitet, aber die höheren Stromkosten habe ihr niemand ersetzt. „Wissenschaftliche Arbeiten lesen im Internet, das ist überhaupt nicht gegangen, weil ich mich nicht konzentrieren

konnte“, erzählte die andere Teilnehmerin, die die Ausgangsbeschränkungen als psychisch sehr belastend empfand und aufgrund ihrer Kurzarbeit finanzielle Sorgen hatte.

Von den vier **Personen, die ihren Arbeitsplatz infolge des Lockdowns verloren haben**, hatten drei davor eine prekäre bzw. irreguläre Arbeit. Zwei waren als Leiharbeitskräfte beschäftigt, die dritte in einem Reisebüro, das sie Mitte März zwar ins Homeoffice schickte, aber danach kein Gehalt mehr zahlte und sie erst Mitte Mai abmeldete. Nur der vierte „neue“ Arbeitslose hatte vor dem März 2020 einen regulären Job, und zwar ebenfalls in der Tourismusbranche. Er hat als einziger konkrete Hoffnung auf eine Wiederanstellung: „Sagt die Firma zu mir, du kannst jederzeit wieder anfangen, aber das Werkl muss wieder anfangen zu laufen.“ (Graz_A)

Wer im Kulturbereich auf oder hinter der Bühne arbeitet, erlebte mit dem Eintreten des Lockdowns von einem Tag auf den anderen eine Zwangspause. Bei den Ein-Personen-Unternehmen traten die Folgen zwar bei manchen genauso unmittelbar ein, z.B. bei der Fotografin, deren Studio geschlossen bleiben musste. Anderen blieb eine Zeit lang die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Lockdowns, etwa der Marktfahrerin, die auf das Oster- und Sommergeschäft hoffte, oder dem Reisebegleiter, dessen zahlreiche Sommertouren durch Europa erst nach und nach abgesagt wurden, bis dann allerdings keine einzige übrig blieb. Und dann gab es noch Selbstständige, deren Aufträge nach dem Lockdown vorerst weiterliefen, dann aber im Lauf der Zeit zusehends verebbten.

„[Ich] war (...), wie der Lockdown gekommen ist, mitten in einer Arbeit, und die hat natürlich nicht aufgehört. Da war ein Auftrag, der (...) ist dann natürlich auch irgendwann bezahlt worden. Also da war jetzt nicht sofort dieser Schock von einem Tag auf den anderen. Weitere Aufträge sind auch gekommen und dann immer weniger. (...) Mein Hauptkunde, bei dem ich früher wirklich so zirka (...) 2.000 Euro im Monat umgesetzt habe, ist jetzt auf 100 Euro heruntergekommen. Da ist praktisch nichts mehr da. Ein zweiter Kunde, bei dem eigentlich die Auftragslage gerade im Ansteigen war, der hat viele Werber aus der Tourismusbranche. Also das, was ansteigen hätte sollen, ist eher so [zeigt nach unten].“ (Gemischt_A)

Die Projekte der selbstständigen Kulturschaffenden wurden alle abgesagt. Nur in seltenen Fällen bekamen sie zumindest einen Teil der entgangenen Gagen ausbezahlt, eher von deutschen Theatern und Konzertveranstaltern als von österreichischen, die zum Teil nicht einmal vorgeleistete Ausgaben (z. B. Reisekosten) erstatteten. Auch wenn der Kulturbetrieb im Sommer 2020 gerade wieder langsam anließ, hatten die Befragten kaum Engagements, da es nur wenige Veranstaltungen gab. Für die Musikerin z. B., die normalerweise in großen Wiener Orchestern spielt, fand sich kaum eine Aufgabe, auch nicht als Substitutin bei den Wiener Philharmonikern, da nur die fix Angestellten bei den seltenen Konzerten und Operaufführungen zum Einsatz kamen. Eine andere Musikerin hatte eine Konzerttournee nach Brasilien ebenso absagen müssen wie

ihre Unterrichtsstunden; in finanzielle Not brachte sie ihr musikalischer Begleiter, ein Gitarrist, der bei ihr angestellt gewesen war, was sie sich nun nicht mehr leisten konnte. Die dritte Musikerin, eine Spezialistin für Alte Musik, hatte gerade erst ihr Studium abgeschlossen, stand also ökonomisch alles andere als auf sicheren Beinen, als ihr der Lockdown einige lukrative Auftritte nahm. Die Bühnen- und Kostümbildnerin in der Runde weiß, dass sie erst im März 2021 das nächste Mal arbeiten wird – die Kunstbranche hat sehr lange Vorlaufzeiten. Und auch die hinter der Bühne arbeitende Theater- und Opernfachfrau verlor alle Aufträge in der Nische, die sie sich in den letzten Jahren aufgebaut hatte, ohne Aussicht auf etwas Neues.

Exkurs: Die prekären Arbeitsbedingungen auf und hinter der Bühne

„Wir kennen faire Kleidung, wir kennen faire Bananen, wir kennen Fairtrade Kaffee, aber faire Kunst oder Kultur, das ist irgendwie nicht wirklich ein Thema, und das ist traurig. Oder?“ (Kunst_D)

Jede Fokusgruppe hatte ihren besonderen Verlauf und ihre Schwerpunkte, aber stets standen die COVID-19-Pandemie und deren Folgen im Mittelpunkt. Nur die Runde der Kunstschaaffenden verhielt sich anders: Immer wieder kam das Gespräch auf die Arbeitsbedingungen im normalen Theater-, Opern- und Konzertbetrieb, die für jene Selbstständigen, die keinen berühmten Namen tragen, sehr oft äußerst prekär seien: die Bezahlung sei beschämend niedrig, und die Sozialversicherung für Künstler*innen bzw. Selbstständige gehe an den Bedürfnissen der Branche vorbei. Bei näherer Betrachtung zeigte sich, dass drei der fünf Teilnehmer*innen bereits vor der Corona-Krise armutsgefährdet oder -betroffen gewesen waren, obwohl sie Engagements in guten Häusern gehabt hatten. Ihre gute Ausbildung, der interessante Beruf, das Stehen im Rampenlicht, der Applaus und das gute Auftreten täuschen darüber hinweg, wie präsent die Armut ist: etwa bei Musikern*innen, Sängern*innen, Tänzern*innen, Schauspielern*innen, Kabarettisten*innen, Regisseuren*innen oder den vielen Menschen, die im Hintergrund Kultur möglich machen. Selbst jenen, die so gut verdienen, dass sie ein sorgenfreies Leben führen, ist es in der Regel nicht möglich, Ersparnisse anzulegen, die Krisen und persönliche Notfälle abfedern könnten.

„Ich bin immer ganz am Prekären (...). Die Orchester, man verdient wahnsinnig wenig. Ich habe jetzt das Glück gehabt in [Ort in NÖ] wird gespielt und weil die keine fixe [Instrument] haben, darf ich da mitspielen. Ich habe mich irrsinnig gefreut, aber eigentlich, ich kriege brutto 60 Euro pro Abend, zahle aber noch die Fahrkarte hin und her, das sind 12 Euro, und ja, die Versicherung muss ich auch zahlen. Also eigentlich rentiert es sich nicht, aber das war vorher auch nicht besser, die Gagen. Wenn ich

in der Volksoper spiele, ich kann mich an Zeiten erinnern, da habe ich einen 50-er gekriegt, dafür musste ich aber viereinhalb Stunden dort sitzen und voll vorbereitet sein. Das ist grundsätzlich zu wenig.“ (Kunst_E)

„Manche Festivals müssen anstellen, stellen an, manche haben also ganz seltsame Gagen-Gebahrungen. Da wird man dann fünf Monate lang geringfügig angestellt und kriegt dann die Gage verteilt, wo du nur ein Monat vor Ort bist.“ (Kunst_B)

„Ich kenne aber auch viele Kollegen, wenn man dann genau nachfragt, so unter der Hand, sagen sie dann, sie sind gar nicht versichert, weil sie es sich nicht leisten können. (...) Die kriegen natürlich jetzt auch keine Hilfe.“ – „Es gibt einen Künstlersozialversicherungsfonds, ich habe viele Kollegen, die (...) einfach nicht genug verdienen, um da reinzukommen. Das ist echt arg.“ (FG Kunst)

„Bei mir ging es eigentlich ganz gut. Ich konnte von meinem Beruf jetzt die letzten Jahre leben. (...) Aber es ist nie so, dass man jetzt sagt, ich habe jetzt einen Polster von 20.000 Euro und dann kann ich ein Jahr lang ... Also so was, ich glaube, das hat in meiner Umgebung niemand, einen Polster sich erspart, auf den man vielleicht zurückgreifen kann für mehrere Monate.“ (Kunst_C)

In der Fokusgruppe wurde – nicht anders als in der öffentlichen Diskussion – die mangelnde Wertschätzung und das unfaire Verhalten gegenüber Kunst und Kultur beklagt. Auch wenn es dabei an der Oberfläche um die Corona-Hilfsmaßnahmen ging (die im Detail übrigens keineswegs ausschließlich negativ bewertet wurden), spielten stets die prekären Arbeitsverhältnisse herein. Staatlich geförderte Einrichtungen würden freiberufliche Kunstschaffende ausbeuten, in der Gesellschaft gelte eine so niedrig bezahlte Arbeit als nicht vollwertig, sondern bloß als nettes Hobby. Man gewinnt den Eindruck, dass sich die Empörung der Kunstschaffenden – sei es im Kleinen der Fokusgruppe, sei es in der großen medialen Präsentation – gar nicht so sehr gegen die konkreten Unterstützungsangebote im Kontext der COVID-19-Pandemie richtet, sondern gegen die missachtenden, existenzgefährdenden und daher verletzenden Arbeitsbedingungen in normalen Zeiten. Die Corona-Krise hat diese nun sichtbar gemacht, der schöne Schein und der wohl auch existierende Selbstbetrug waren nicht aufrecht zu erhalten.

„Man sollte einfach reich heiraten. [Gruppe lacht]“ – „Kommt das ins Protokoll?“ – Moderation: „Das ist kein zeitgemäßes Konzept.“ – „Mein Freund spielt Kontrabass, also das ist komplett ...“ – „Was ist denn raus gekommen bei der Kunst-Fokusgruppe? Man muss einfach reich heiraten.“ – „Ich sehe keine andere Lösung für unsere Probleme.“ (FG Kunst)

Was sowohl Kunstschaffende als auch Ein-Personen-Unternehmen seit Beginn des Lockdowns belastet, ist die **Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung**. Im Sommer 2020 sah es für beide Gruppen nicht nach ausreichenden Engagements bzw. Aufträgen bis zum Jahresende oder für 2021 aus. Die meisten machten sich Gedanken über Exit-Strategien und hatten auch schon mehr oder weniger zukunftssträchtige Schritte unternommen: Eine Musikerin betrieb seit dem Lockdown einen erfolgreichen Podcast, der ihr und den Gästen beträchtliche Spendengelder gebracht hat, und ließ außerdem mit ihrem letzten Geld ihr Wohnzimmer in ein professionelles Tonstudio umwandeln. Die Bühnenbildnerin versuchte sich im Management einer Freien Theatergruppe, die jüngste der Musikerinnen dachte über einen Totalausstieg und eine neue Ausbildung nach. Eine der Selbstständigen hatte sich ein paar Aufträge gesichert, indem sie – nicht anders als die Kunstschaffenden – ihr Tätigkeitsfeld ausgeweitet hatte, eine andere Ein-Personen-Unternehmerin einen extrem niedrig bezahlten Aushilfsjob angenommen, wie das normalerweise nur Studierende machen. Nur bei der Kaffeehausbetreiberin, die ihr Lokal mit dem Lockdown zwar sofort schließen hatte müssen, war seit einigen Wochen wieder nahezu Normalbetrieb.

„Für mich ist ein konkreter Unterschied, dass ich normalerweise weiß, was im nächsten halben Jahr passiert. Also es ist in meinem beruflichen Leben durchaus so, dass ich mal zwei Monate keinen Auftrag habe (...), aber dann weiß ich, in drei Monaten habe ich wieder was. Also es gibt diese Unsicherheit, ja die Nicht-Planbarkeit finde ich das Belastendste.“
(Kunst_C)

„Ich kriege schon immer noch neue [Aufträge]. (...) Es ist nicht so, dass es komplett aus ist, das kann man jetzt nicht sagen, aber ich muss mich richtig wirklich weit öffnen in alle Richtungen, (...) alles annehmen, was ich früher mal gesagt, nein, ist eigentlich nicht so meine Spezialität.“
(Gemischt_A)

„Mittlerweile [habe] ich einen kleinen Auftrag angenommen (...) mit einem Stundensatz von zwölf Euro, einfach um meine Fixkosten zu decken. (...)“ „Damit wir einen Vergleich haben, was bekommen Sie normalerweise?“ „(...) Mindestens 30 bis 70 Euro netto in der Stunde.“ „Ein Stundensatz von mindestens (...) 45 Euro, darunter kann man eigentlich als Selbstständiger gar nicht arbeiten.“
(Gemischt_G)

Was Kunstschaffende und Ein-Personen-Unternehmer*innen außerdem eint, ist die **Befürchtung, dass ihre Position gegenüber den Auftraggebern*innen in Zukunft schwächer sein wird**: Die Gagen und Honorare könnten niedriger werden, die Vertragsbedingungen schlechter. Letzteres sei im Kunstbetrieb schon Realität: „Pandemie-Klauseln“ würden das Risiko für abgesagte Produktionen auf die Gast-Künstler*innen abwälzen; was an Vorbereitung geleistet worden sei, müsse laut manch neuem Vertrag nicht bezahlt werden, bereits ausgezahlte Raten müssten von den Künstlern*innen rückerstattet werden. Bei kleinen Veranstaltern sei es üblich, aus einem Konzertauftritt

zwei aufeinander folgende zu machen, um genügend Publikum zu erreichen, ohne die Gage ebenfalls zu verdoppeln.

„Das sind Werkverträge, da gibt es einen Pandemiepassus, den die Theater reinschreiben. Und zwar ist es in meinem Fall so: Ich kriege mein Honorar gedrittelt, bei Vertragsunterzeichnung das erste Drittel, bei Probenbeginn das zweite und das letzte Drittel bei der Premiere. In diesem Passus (...) steht jetzt drinnen, dass, falls durch eine erneute Pandemie das Theater geschlossen wird, man das erste Drittel zurückzahlen muss. Für die bereits geleistete Arbeit. (...) Das ist ein Wahnsinn.“ (Kunst_C)

Eine **Verschlechterung ihrer Position am Arbeitsmarkt** nehmen aber auch die „alten“ Armutsgefährdeten und -bedrohten wahr: Die Konkurrenz und die freien Jobs seien noch weiter gewachsen, und wer im Zuge der Corona-Krise jetzt arbeitslos geworden sei, habe viel bessere Chancen als sie mit ihren teilweise niedrigen Qualifikationen, den unterbrochenen Berufsverläufen und den gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

„Ich bin 45, (...) habe auch studiert, Erwachsenenbildung, habe aber mal im Büro gearbeitet und auch im Handel. Mein Lebenslauf ist jetzt irgendwie ein Fleckerlteppich. Ich habe extrem lange gebraucht, um mein Studium abzuschließen, war für mich eigentlich eine Riesensache, dass ich das dann trotzdem mit drei kleinen Kindern geschafft habe. Aber das ist halt einfach zu spät, um erfolgreich irgendwie in einem Beruf zu sein. (...) Deswegen habe ich schon mehr Ängste, weil jetzt gibt es noch viel mehr Leute, die arbeitslos sind, die Stellen suchen. Und dann ist einfach der Kampf um die Stellen härter. Da gibt es noch viel mehr Leute, (...) bei denen die Berufsbiographie besser aussieht als bei mir.“ (Graz_B)

1.3.2 Finanzielle Enge – weniger Einkommen, steigende Preise

„Ich bin jetzt seit mittlerweile zehn Jahren arbeitslos (...), aber es war das erste Mal so, dass ich quasi mein absolutes Notprogramm gestartet habe. Bei Lebensmitteln heißt das dann bei mir, dass ich eigentlich kein Gemüse mehr einkaufe, sondern nur mehr Nudeln und Fleisch, weil das am günstigsten und am energiereichsten ist.“ (Wien_E)

Ob das Geld während des Lockdowns und in den Monaten danach ausreichte oder nicht, hängt vor allem davon ab, wie die Einkommens- und Arbeitsbedingungen davor ausgesehen haben. Aber es geht nicht allein darum, wie hoch die Einkünfte vorher waren, und auch nicht allein darum, ob man davor erwerbstätig war oder nicht. Die Konstellationen, die zu finanziellen Engpässen geführt haben, sind komplexer, lassen aber Muster erkennen und rücken einen Faktor ins Rampenlicht: Wer vor dem März 2020 prekär oder gar irregulär gearbeitet hatte, konnte in den Wochen danach seinen bzw. ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft kaum noch bestreiten, nicht zuletzt deshalb,

weil auch die staatlichen Hilfsmaßnahmen teilweise an Höhe und Art des Einkommens gekoppelt waren. Neben den Einnahmen spielten aber auch die Ausgaben eine Rolle dafür, ob die finanziellen Ressourcen eines Haushaltes genügten. Zur Klarstellung: Wir beschreiben die Lage von Privatpersonen und kleinen Selbstständigen, nicht jene von größeren oder großen Unternehmen oder von Institutionen, etwa aus Sozialwirtschaft oder Kultur.

Das geringfügige Zusatzeinkommen als Zünglein an der Waage

Wenn ich im Alltag darüber erzählte, dass wir gerade erheben, wie sich die Corona-Krise auf armutsbetroffene Menschen auswirkt, war Unverständnis sehr häufig die Reaktion: Der Lockdown könne doch gar keinen Einfluss auf jene haben, die Sozialleistungen und damit ein fixes Einkommen beziehen. Unsere Ergebnisse zeigen, dass dies nur die halbe Wahrheit ist – nicht nur, weil auch Erwerbstätige von Armut betroffen sein können, Stichwort Working Poor. Tatsächlich gilt: Wer normalerweise ausschließlich von Sozialleistungen lebt, spürte durch die COVID-19-Pandemie keine Änderungen, was die Höhe der Einnahmen anlangt. Es gibt jedoch eine große Zahl von Armutsbetroffenen, die einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen und dadurch Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder (Mindest-) Pension aufbessert. 2020 lag die Geringfügigkeitsgrenze bei 460,66 Euro monatlich – das ist im Verhältnis zu einem Sozialleistungsbezug viel Geld. Ein Diskussionsteilnehmer erzählte, er bekomme rund 650 Euro Notstandshilfe monatlich, eine Teilnehmerin sprach von 917 Euro aus Notstandshilfe und Mindestsicherung. Viele verloren ihre geringfügige Beschäftigung nach dem Lockdown und damit einen beträchtlichen Teil eines Einkommens, das so knapp ist, dass jeder Euro zählt. Staatliche Hilfsmaßnahmen gab es für diese Gruppe nicht, außer für jene, die Kinder im Haushalt haben. Und so blieb vielen nichts anderes übrig, als (in akuten Notlagen) eine Sozialorganisation, wie z.B. Caritas oder Rotes Kreuz, um eine Geldspende zu bitten oder (häufiger) auf das private Unterstützungsnetz zurückzugreifen. Vor allem die Eltern halfen aus, aber auch der Freundeskreis. Letzteres heißt freilich, dass private Schulden angesammelt wurden, die wieder zurückgezahlt werden müssen.

„Ich habe die ganzen Jahre über immer wieder mit kleinen Nebentätigkeiten (...) ein bissl was dazu verdienen können, das ist halt mit Lockdown überhaupt nirgends mehr gegangen, und dann bin ich wirklich zurückgeworfen worden auf diese (...) 600 Euro. (...) Was nämlich jetzt bei mir auch passiert ist: dass ich jetzt mehr Schulden angehäuft habe. Das sind keine großen Schulden, das ist dort einmal ein 50iger ausborgt, dort einmal einen 20er ausborgen. Nur irgendwann muss ich die zurückzahlen.“ (Wien_E)

„Ich hatte zum Glück das Arbeitslosengeld, das wenige. Ich habe davor immer geringfügig dazu gearbeitet, das fiel auch weg. Also wir hatten dann 460 Euro im Monat weniger, das war natürlich extrem. Irgendwie ging es immer, davor schon, und geht es jetzt auch noch. Aber es ist einfach nicht tragbar teilweise.“ (Wien_D)

Ohne Polster durch die Krise

Ein-Personen-Unternehmer*innen und Selbstständige, die auf oder hinter der Bühne arbeiten, verdienen häufig nicht mehr, als sie zum Leben brauchen. Es gibt eine Bandbreite von jenen, die unter prekären Bedingungen tätig sind und deren geringes Einkommen ein sehr bescheidenes Dasein erzwingt, bis zu jenen, die es sich durchaus gut gehen lassen können. Kaum jemand von ihnen kann jedoch Ersparnisse anlegen, die den weitgehenden oder auch vollkommenen Einkommensausfall ausgleichen könnten, der auf den Lockdown folgte. Bleibt einmal Geld übrig, wird es normalerweise investiert (z. B. in neue Hardware, Weiterbildung) oder für größere Reparaturen aufgewendet. Wer vor dem Lockdown eine solche Investition in die Wege geleitet hatte, versuchte dies wieder rückgängig zu machen, um zumindest einen kleinen finanziellen Polster zu haben, nicht immer war das möglich:

„Mein Mann hat blöderweise sogar noch kurz vor der Corona-Krise seine Kamera, das wichtigste Arbeitsinstrument, (...) in die Reparatur geschickt. 4.000 Euro. (...) Während des Lockdowns war die noch in Reparatur, dann kommt die Rechnung. Kann man nichts machen, muss man zahlen. Die Kamera steht halt jetzt herum.“ (Gemischt_A)

Manche der befragten Ein-Personen-Unternehmer*innen und Kunstschaffenden konnten die Zeit bis zur Auszahlung der ersten staatlichen Hilfen überbrücken, weil sie davor gut verdient hatten, andere mussten sofort auf **private Hilfe** zurückgreifen, auch hier sprangen vor allem die Eltern ein. Bei allen war aber die Erleichterung groß, als die finanzielle Unterstützung (endlich) eintraf, bzw. die Verzweiflung ebenso beträchtlich, wenn keine Hilfe kam, wie etwa bei jener Selbstständigen aus dem Kreativbereich, die einen Zwölf-Euro-Aushilfsjob annahm, um einen Teil der Fixkosten zu decken.

„Ich bin halt gerade frisch von der Uni. Das wäre halt so mein erstes gescheites Jahr gewesen, eigentlich ein gutes Jahr. (...) Mein Papa hat uns dann einfach die Miete gezahlt. Ich glaube, jetzt vier Monate lang hat er die gesamte Miete gezahlt und jetzt nochmal so, dass wir es uns teilen. Mein Freund und ich zahlen die Hälfte, und er zahlt die Hälfte. (...) Ich weiß nicht, was wir ohne ihn machen würden. Das ist echt voll traurig, aber mein Papa unterstützt uns.“ (Kunst_A)

Die Selbstständigen und Kunstschaffenden konnten zum Zeitpunkt der Fokusgruppen meist nicht von dem Leben, was sie verdienten. Die Ausnahmen waren: eine Gastronomin, die den Lockdown zwar mit finanziellem Schaden, aber doch bewältigen konnte und deren Lokal inzwischen wieder gut ging, und eine Musikerin, der es gelang, über ihren neu geschaffenen Podcast nicht nur den eigenen Lebensunterhalt zu sichern – sie erhielt bis Anfang August 2020 rund 9.000 Euro an Spenden –, sondern auch den Menschen, die sie im Podcast vorstellte, finanzielle Unterstützung der Zuseher*innen zu verschaffen.

„Mein Mann ist ebenfalls selbstständig, als Fernsehkameramann. Bei dem war es aber so wirklich von einem Tag auf den nächsten von hundert auf null. Und da ist er bis jetzt, auf null. Also im Moment hängt alles von mir ab, was auf lange Sicht nicht zu schaffen sein wird.“ ~ „D. h. bei Ihnen reicht Ihr Einkommen im Grunde genommen nicht aus (...)?“ ~ „Nein, ganz sicher nicht.“ (Gemischt_A)

„Ich habe am Anfang überhaupt kein Geld bekommen. Jetzt von der Versicherung diese 6.000 Euro, die sind super. Aber ich muss ja quasi auch das Jahr zurück finanzieren. Ich bin in dem Podcast von der [XX] in einer Folge aufgetreten. Das hat mir irrsinnig geholfen, weil mich haben so viele Leute angerufen, die mir gespendet haben, und zwar wirklich großzügig. Und mein Vater hat eine gute Pension, aber sonst wäre ich echt, weiß ich nicht.“ (Kunst_E)

Einige Teilnehmer*innen (bzw. ihre Partner*innen) waren in der Vergangenheit sowohl unselbstständig als auch selbstständig tätig gewesen, was den Vorteil hatte, dass sie während des Lockdowns und danach Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder eine Pension bezogen und damit eine finanzielle Absicherung hatten. Da jedoch meist das selbstständige Einkommen, das nun weggebrochen war, hauptsächlich für den Lebensunterhalt gesorgt hatte, hatten diese Personen mit finanziellen Engpässen zu kämpfen. Einer von ihnen bekommt z. B. 1.000 Euro Arbeitslosengeld monatlich, entgangen ist ihm dieses Jahr jedoch ein mit Vorverträgen fixierter Umsatz von 30.000 bis 35.000 Euro. Seine Wohnung könnte er sich nicht mehr leisten, wenn nicht seine Partnerin die gesamte Miete übernommen hätte. Doch noch wesentlich gravierender ist, dass er hohe **Schulden** hat, deren Rückzahlung zwar bis in den Herbst gestundet ist, die er aber mit seinem Arbeitslosenbezug unmöglich begleichen kann. Wer also beträchtliche Einkommenseinbußen hinnehmen musste und gleichzeitig Schulden hat, steht vor einem unlösbaren Problem.

„Den AMS-Bezug habe ich, aber von dem lebe ich nicht mehr lange. Weil (...) leider habe ich Kredite abzuzahlen. Und eine Zeit lang wird es gestundet. Also diese Stundung läuft jetzt mit Oktober, glaube ich, läuft das aus. (...) Schön langsam nimmt das Zittern etwas zu. Weil alle dachten, jetzt auch meine Ansprechpartner, Vertragspartner, naja bis zum Herbst wird sich schon was tun.“ (Gemischt_F)

Die Schwächsten trifft es stets am härtesten

Die COVID-19-Pandemie macht verletzbare Personengruppen sichtbar. Die ersten aufsehenerregenden Infizierten-Cluster fanden sich unter Menschen, die unter prekärsten Bedingungen arbeiten und leben: z. B. Erntearbeiter*innen, Fleischzerlegern oder Leiharbeitskräften. Plötzlich stand nicht nur das Virus im Fokus, sondern auch die Arbeits- und Wohnbedingungen dieser Menschen, sehr häufig sind es Migrant*innen. Das spiegelt sich auch in den „neuen“ Arbeitslosen wieder, die wir für unsere Fokusgruppen rekrutieren konnten: Von den vier Personen, die ihren Job infolge der Corona-Krise

verloren hatten, waren zwei als **Leiharbeiter*innen** beschäftigt gewesen, zwei haben **Migrationshintergrund**, und zwar just jene beiden Teilnehmer*innen (ein Mann aus Linz und eine Frau aus Wien), denen es finanziell eindeutig am schlechtesten ging. Der Mann aus Linz war noch nicht einmal ein Jahr in Österreich und hatte für eine Leiharbeitsfirma bei verschiedenen Unternehmen gearbeitet, bei keinem sehr lange. Als der Lockdown kam, verlor er seinen Job nicht gleich, sondern erst als Folge seines Raucherhustens: Sein Arbeitgeber verlangte zur Sicherheit einen Corona-Test, der jedoch von der Hotline 1450 abgelehnt wurde – es sei offensichtlich, dass das ständige Husten aufs Rauchen zurückzuführen sei. Daraufhin drängte der Arbeitgeber, Corona-Symptome zu erfinden, um zum Test zugelassen zu werden, was der Leiharbeiter ablehnte. Als der Test dann doch durchgeführt wurde, waren dem Arbeitgeber die acht Tage Wartezeit auf das Ergebnis zu lang, und er sprach eine Kündigung aus. Anspruch auf Arbeitslosengeld hatte der Leiharbeiter nicht, und so hatte er keinerlei Einkommen, landete in der Notschlafstelle und war von der Ausspeisung der Diakonie abhängig. Die Frau aus Wien musste Monate lang ohne Gehaltszahlung auf ihre Abmeldung warten, bis sie sich endlich arbeitslos melden konnte. Ihre Miete konnte sie nur mit Unterstützung des Roten Kreuzes zahlen.

„Vom AMS bekomme ich nichts, weil ich habe nicht ein Jahr in Österreich gearbeitet. Sozusagen lebe ich also von nix. (...) Jetzt ich habe wieder den Druck, weil die können mich sozusagen von der Notschlafstelle jederzeit, können sagen, morgen kannst du gehen. Und sozusagen ich bin in einer richtigen, um es auf Deutsch zu sagen, in einer Scheißsituation.“ (Salzburg_E)

Armut bei „neuen“ Arbeitslosen und Kurzarbeitenden? Eine Forschungslücke, die bleibt

Es kann mühsam sein, die passenden Gesprächspartner*innen für eine Studie zu finden, das wissen wir qualitativen Forscher*innen aus leidvoller Erfahrung. Doch in der Regel klappt es dann doch. Dass es diesmal bei der geplanten sechsten Fokusgruppe nicht geklappt hat, könnte – der Verlauf des Projekts und die Auswertung der Daten geben Hinweise darauf – daran liegen, dass bei der Konzeption falsche Annahmen getroffen worden sind:

Zu früh für die Zielgruppe: Wie oben beschrieben, waren drei der vier Befragten, die infolge der Corona-Krise ihren Arbeitsplatz verloren haben, davor in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Die einzige Befragte, die Erfahrung mit Corona-Kurzarbeit gemacht hatte, ist eine Working Poor. Sie alle hatten also keinen finanziellen Spielraum, im Gegensatz zum vierten Befragten, der infolge der Pandemie gekündigt worden war; er wies mehrmals ausdrücklich darauf hin, dass er derzeit noch keine ökonomischen Engpässe hat. Man könnte daraus schließen, dass all jene, die vor der COVID-19-Pandemie

reguläre Arbeitsbedingungen und ein ausreichendes Einkommen gehabt haben, noch nicht von Armut bedroht sind, weil das Arbeitslosengeld bzw. das etwas geringere Gehalt aus der Kurzarbeit, eventuell gemeinsam mit finanziellen Rücklagen (deren Bedeutung in den Fokusgruppen immer wieder angesprochen wurde), noch ausreicht. Je nach Entwicklung von Pandemie und Ökonomie könnte sich dies aber spätestens 2021 ändern, wenn die Arbeitslosigkeit oder die Kurzarbeit noch besteht und z. B. höhere Ausgaben anstehen oder die Ersparnisse aufgebraucht sind.

„Ich bin zwar nicht armutsgefährdet, noch, aber wenn das drei, vier, fünf Monate noch andauert mit der Arbeitssuche (...), dann wird es auch kritisch. Noch geht's.“ (Graz_A)

Armutskonferenz braucht „neutralen“ Partner als zweiten

Projekträger: Möchte man eine Studie unter Armutsbetroffenen und -gefährdeten in Österreich durchführen, kommt man um das Netzwerk der Armutskonferenz nicht herum. Diese Zielgruppen sind anders kaum zu erreichen, weil es hier sehr stark um Vertrauen geht, das gerade Menschen mit Ausgrenzungserfahrungen nicht so leicht aufbringen. Viele der armutsbetroffenen Teilnehmer*innen an unseren Fokusgruppen gehen offensiv mit ihrer Armut um. In Armut zu fallen, ist aber genau das, was die meisten Menschen fürchten – das gilt derzeit wohl insbesondere für die „neuen“ Arbeitslosen und Kurzarbeitenden. In der qualitativen Forschung wissen wir, dass die Formulierung einer Frage die Antwort mitbestimmt. Auf unser Rekrutierungsproblem umgelegt heißt dies: Wer Armut fürchtet, wird auf das Wort „Armutskonferenz“ mit Abwehr reagieren. Er oder sie wird die Konfrontation mit dem Thema meiden und der Einladung zur Fokusgruppe nicht folgen. In diesem Zusammenhang ist interessant, dass der oben zitierte Teilnehmer, der vor dem März 2020 einen guten Job hatte, früher in seinem Leben sehr wohl Erfahrung mit prekären Lebensbedingungen gemacht hatte und sich auch dazu bekennt – ihm ist Armut nicht fremd, und er kann mit ihr umgehen. Die Abwehr nimmt aber auch eine subtilere Form an, dies zeigte sich in den Diskussionen der Ein-Personen-Unternehmer*innen, die abstritten, von Armut betroffen zu sein, obwohl mindestens eine Bedrohung bestand.

„Aber meine Lebensgefährtin z. B. bestreitet die Kosten zu Hause mit der Wohnung. Ich könnte jetzt keine Wohnung zahlen. (...) Ich bin auch noch nicht unter der Armutsgrenze, nicht. Je nachdem, ich weiß jetzt gar nicht, wo die jetzt ist in Österreich. (...) Im Moment kann ich mir das alles zahlen, was ich will.“ (Gemischt_G)

„Wir sind nicht unter der Armutsgrenze, obwohl vielleicht offiziell schon, kann sein. Aber wir (...) leben ein sehr sparsames Leben, immer schon, am Land (...). Haben ein kleines Häuschen, das gehört uns. Wenn da jetzt mal das Dach repariert werden muss,

dann haben wir ein Problem. Aber noch ist es nicht so weit. (...) Deswegen können wir tatsächlich jetzt sehen, wieviel man sich eigentlich erspart, wenn man eben nicht mehr ins Kaffeehaus geht. Wir würden es auch gerne tun, wir tun es auch wahnsinnig gern, und jetzt wissen wir, im Moment geht es uns gut, aber mit dem Geld, was wir jetzt haben als Unterstützung, das muss noch ein bissl reichen.“ (Gemischt_A)

Tritt die Armutskonferenz, also eine NPO, als Trägerin einer Studie auf, mag dies außerdem nicht alle im gleichen Maß ansprechen: Kunstschaffende, wie sich zeigte, mehr als z. B. Selbstständige bzw. kleine Wirtschaftstreibende. Auch das spricht dafür, in Zukunft einen Projektpartner zu haben, der mit anderen „Stichworten“ jene Zielgruppen erreicht, die sich selbst nicht mit „Armut“ in Verbindung bringt.

Der Lockdown habe ihr **Leben kostspieliger** gemacht, das war in allen drei Fokusgruppen der „alten“ Armutsbetroffenen und -bedrohten zu hören. Lebensmittel, vor allem Gemüse und Obst, seien stetig teurer geworden, jedes Mal nur um ein paar Cent, aber inzwischen habe sich das aufsummiert. Auch die Gastronomie und der Online-Handel hätten die Preise angehoben.¹ Diese **Preissteigerungen** wurden interessanterweise ausschließlich von den Armutsbetroffenen wahrgenommen. Sie brachten das Thema auf, die anderen Befragten hatten eine solche Preisentwicklung nicht gemerkt, wie sie auf ausdrückliche Nachfrage sagten. Dies führt vor Augen, wie eng die Haushaltsbudgets von akut Armutsbetroffenen selbst im Vergleich zu anderen sind, die ebenfalls aufs Geld schauen müssen. **Dass die gewohnten preiswerten Einkaufsquellen teilweise geschlossen waren und den Sonderangeboten nicht nachgefahren werden konnte**, war ebenfalls nur für die Armutsbetroffenen relevant, da sie nun teurer als gewohnt einkaufen mussten. Schlimm traf es einen Wiener, der seine Wohnung mit Holz heizt. Brennholz zu beschaffen, als alle Baumärkte geschlossen waren, erwies sich in der Großstadt als fast unmöglich. Das Heizen wurde auch von anderen Wiener Armutsbetroffenen angesprochen: Die Kosten seien während des Lockdowns „eklatant“ (Wien_D) angestiegen, da man so viel Zeit zu Hause verbrachte.

„Der Unterschied während der Corona-Zeit war nur der, dass ich nur einmal im Monat einkaufen gehen konnte, (...) Dass ich nicht schauen konnte, wo gibt es Angebote, wo gibt es was um 50 Prozent, wo kriege ich eventuell was. (...) Die Lebensmittel waren für mich während der Krise teurer dadurch als vorher.“ (Wien_A)

¹ Siehe dazu: <https://www.derstandard.at/story/2000119655883/gepfefferte-preiserhoehung-fuer-speis-und-trank> und <https://www.derstandard.at/story/2000119961035/amazon-soll-preise-waehrend-pandemie-massiv-erhoeht-haben>

„Ich habe z. B. gleich einmal bemerkt, dass die Preise angestiegen sind. Das waren immer nur so Cent, aber pro Woche, das Gemüse vor allem, es kostet horrend viel das Gemüse im Moment, wo ich mir denke, das ist nicht gerechtfertigt, was kostet da so viel? (...) Natürlich sind Leute, die in Kurzarbeit sind, die arbeitslos [sind] (...) oder die prekär oder vielleicht irgendwie halt finanziell eingeschränkt sind, da besonders betroffen. Das fällt vielleicht jemand anderem gar nicht auf.“ (Wien_D)

„Viele Produkte sind teurer geworden. Sei es die Kleine Zeitung, okay 30 Cent oder was. Dann irgendetwas, was ich für mein Hobby brauche. Ohne dem geht es nicht, ohne Malen. Filzstifte sind teurer geworden. Auch kleine Beträge, aber es summiert sich halt alles insgesamt.“ (Graz_D)

„Ungefähr drei oder vier Wochen habe ich keine Druckerpatrone gekriegt für meinen Drucker. Das wäre eigentlich wichtig gewesen für uns. Und dann haben sie halt wieder beim Libro und beim Amazon den doppelten Preis nachher verlangt für die Druckerpatrone.“ (Salzburg_A)

„Für mich war es dann ganz schlimm, weil ich von heute auf morgen keine Möglichkeit mehr gehabt habe, Holz zu beziehen, weil die Bauhäuser zugesperrt worden sind, und damit habe ich überhaupt keinen Zugang mehr gehabt zu irgendeinem Brennmaterial. Jetzt habe ich dann versucht, für meine Nachbarin, die drei Schlaganfälle gehabt hat, da etwas mitzuorganisieren beim Spar. Und wir haben es halt so wirklich sehr notdürftig geschafft, bis zum Ende der Heizsaison durchzustehen.“ (Wien_E)

Alle Befragten sparen und schränken sich bei ihren Ausgaben ein, vor allem bei Lokal- und Kaffeehausbesuchen. Am stärksten trifft auch dies die Armutsbetroffenen.

1.3.3 Lockdown & Ausgangsbeschränkung – Turbulenzen für Psyche und soziales Gefüge

„Da war ein Fenster offen und eine Geigerin spielt, irrsinnig schön, also Mozart und Bach (...). Dann waren immer mehr Leute, sie wollte schon aufhören. Eine Freundin von mir hat gesagt, bitte nicht aufhören, bitte noch eins spielen. Zu Hause ist alles still und zu Hause wartet niemand auf mich und zu Hause bin ich allein. Und sie hat dann noch gespielt und das irgendwie, also mir sind total die Tränen gekommen.“ (Kunst_B)

Die Befragten sind unterschiedlich mit den Einschränkungen von öffentlichem Leben und Bewegungsfreiheit umgegangen, aber kalt hat der Lockdown niemanden gelassen. Einige – darunter viele Armutsbetroffene, die einer Risikogruppe angehören – blieben wochenlang zu Hause und machten maximal einmal wöchentlich einen Einkauf. Andere gingen spazieren und trafen ihre Freunde*innen und Verwandten mit Abstand, wobei bei

allen die sozialen Kontakte deutlich seltener wurden. Wer es allein gar nicht mehr aushielt, besuchte täglich den Supermarkt, egal ob er oder sie einer Risikogruppe angehört. Hunde erwiesen sich als hilfreich, weil sie ihre Halter*innen ins Freie zwangen. Ein positiver Effekt bestand darin, dass einige endlich einmal die Nachbarn*innen (besser) kennenlernten.

Die Diskussionsrunden zeigten klar, dass der Lockdown auf die drei Zielgruppen unserer Studie unterschiedliche Wirkung hatte: Jene, die **schon lange von Armut betroffen** waren, hatten häufig mit massiven psychischen Problemen zu kämpfen – Problemen, die manche bereits seit langer Zeit begleiten, die nun aber (wieder) akut wurden. Der Lockdown machte die hohe Vulnerabilität dieser Menschen sichtbar. Er hatte auf ihr Wohlbefinden, aber auch auf ihren Bewegungsradius besonders starken Einfluss. Die „alten“ Armutsbetroffenen hielten sich am striktesten an die Ausgangsbeschränkungen. Das liegt einerseits daran, dass sie überdurchschnittlich oft einer Risikogruppe angehören – Armut geht ja häufig Hand in Hand mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen –, aber auch daran, dass ihre Treffpunkte, z.B. in spezialisierten sozialen Einrichtungen, geschlossen waren: „Das ist dann schon ungut, wenn das auf einmal alles flachfällt und du bist wirklich auf dich alleine zurückgeworfen“. (Graz_D) Manche von den Alleinlebenden sind während des Lockdowns vereinsamt, wie etwa dieser gesundheitlich schwer beeinträchtigte Wiener:

„Meine Lebenssituation hat sich nicht viel verändert, weil ich aufgrund meiner körperlichen Beschwerden davor schon nicht viel außer Haus gehen konnte, aber es war trotzdem noch ein bissl dramatisch, was sich da verändert hat. Ich habe immer meine Eltern besucht gehabt, und ein Freund kam immer wieder zu mir, weil es mir wirklich schmerzlich gefallen ist, irgendwohin zu gehen. Und das ist dann halt auch auf einmal weggefallen und dann habe ich halt oft ein Monat gehabt, wo mein einziger Sozialkontakt meine Nachbarin im Haus war oder die Billa-Verkäuferin.“ (Wien_E)

Bei den **Kunstschaffenden**, gab es zwar welche, die nach sehr viel Arbeitsstress im ersten Augenblick froh über ein wenig Erholung waren, die meisten fielen aber bei Ankündigung des Lockdowns in ein tiefes Loch, denn ihnen war nicht nur ihr Einkommen, sondern auch ein gutes Stück ihres Lebensinhalts abhandengekommen. Gut festzumachen ist das daran, dass die Musikerinnen, die normalerweise täglich üben, ihr Instrument wochenlang nicht anrührten. Trotzdem sind bei ihnen die Auswirkungen auf das psychische Gleichgewicht weniger stark und vor allem weniger nachhaltig als bei den „alten“ Armutsbetroffenen. Ein bisschen scheint der Ärger über das langsame Anrollen der Hilfsangebote geholfen zu haben, jedenfalls sind die meisten befragten Kunstschaffenden inzwischen wieder aktiv: z.B. bei der Realisierung ihres Plans B, in einer neu gegründeten Interessenvertretung oder ein wenig sogar im Orchestergraben. Geblieben ist die Existenz- und Zukunftsangst – und damit jenes Gefühl, das bei den **Ein-Personen-Unternehmer*innen** im Vordergrund stand. Insgesamt zeigten sich die Selbstständigen, was ihr psychisches Wohlbefinden anlangt, von allen befragten Gruppen deutlich am resistentesten.

Konkret äußerten sich die psychosozialen Folgen der COVID-19-Pandemie in Ängsten verschiedenster Art (sie wurden in allen Diskussionsgruppen angesprochen), einem Ansteigen von aggressivem Verhalten im privaten und öffentlichen Raum sowie einem Aufkommen bzw. Wiederaufflammen von depressiven Verstimmungen und Depressionen.

Ängste

Schon vor dem Lockdown, so die Wahrnehmung einiger Teilnehmer*innen, gab es „diese **allgemeine plötzliche Angst**, die da im Raum war. Also überall eigentlich.“ (Gemischt_A) Eine Angst, die so intensiv und ungewöhnlich war, dass es manchen schwer fiel, sie allein auf eine Infektionskrankheit zurückzuführen, und die sogar Assoziationen mit dem selbst erlebten Krieg in Exjugoslawien weckte: „diese ganze allgemeine Stimmung, die mir so bekannt vorgekommen ist. Diese Angst vor dem Unwissen, was kommt auf uns zu. Was ist das eigentlich? Diese Angst natürlich auch für die eigene Gesundheit, das eigene Leben. Diese Menge von Leuten, die alle eingekauft haben, Angst vor Hunger. (...) Dieses allgemeine Gefühl, da ist noch was (...) im Busch.“ (Gemischt_D)

Die **Angst, sich selbst anzustecken**, wurde selten thematisiert, ganz im Gegenteil sagten einige explizit, dass sie sich nicht fürchteten. Allerdings kennen viele von ihnen Menschen, die angesichts der Gefahr einer Infektion geradezu in Panik geraten sind, und wiesen besorgt darauf hin, dass sich ihrer Beobachtung nach die zwischenmenschlichen Beziehungen zur Zeit verändern: Innerhalb von Familien z. B. sei „plötzlich ein Graben aufgerissen, beim einen die Angst, beim anderen dieses Gefühl, kein Grund für Angst“ (Gemischt_A). Es war die Rede von vermehrter sozialer Kontrolle (mit manchmal aggressivem Charakter) im eigenen Haushalt und in der Verwandtschaft, aber auch in der Nachbarschaft, in der Lebensmodelle und Verhaltensweisen, die schon lange als unangepasst empfunden wurden, jetzt plötzlich offen kritisiert werden. (für mehr Details dazu siehe Exkurs Seite 37)

Viele Teilnehmer*innen kamen auf ihre **Existenz- und Zukunftsängste** zu sprechen, vor allem die Kunstschaffenden, die zum Zeitpunkt der Diskussion noch nicht wussten, ob die Kultureinrichtungen im Herbst wieder öffnen würden, und die Selbstständigen, von denen niemand abschätzen konnte, wie es mit ihrer Auftragslage weitgehen würde. Jene Armutsbetroffenen, die schon lange auf Jobsuche sind, sahen ihre Chancen am Arbeitsmarkt noch weiter schwinden – angesichts der vielen neuen Arbeitslosen, die mehr Erfahrung haben und besser qualifiziert sind. Dazu kommt die Furcht, ihre Kinder könnten durch die Nachteile des Homeschooling, von denen Armutsbetroffene besonders stark getroffen wurden, langfristig ins Hintertreffen geraten. (siehe dazu auch Kapitel 1.3.5)

Von einer speziellen Angst berichtete eine Teilnehmerin, die bei einem von der Volkshilfe betriebenen Arbeitsmarktprojekt für Roma und Sinti aktiv ist: Die Klienten*innen mit **Migrationshintergrund**, in der Regel sind sie auch armutsgefährdet oder -betroffen, befürchteten, infolge der Corona-Krise ihr Aufenthaltsrecht in Österreich zu verlieren.

„Das hätte ich nie gedacht, dass das so präsent ist, nämlich die Angst vor, ich sage jetzt unter Anführungszeichen, Austreibung. Ich hatte eine Menge von Anrufen in der Beratungsstelle von Leuten, die gefragt haben, okay, und wie wird das jetzt mit uns, wird unser Aufenthaltstitel verlängert oder nicht? Werden wir in Österreich bleiben dürfen oder nicht? Wo ich mir gedacht, wie kommst du überhaupt auf diese Idee, warum solltest du nicht?“ (Gemischt_D)

Zwei Ausprägungen von Furcht wurden **ausschließlich von Armutsbetroffenen** geäußert: jene vor **Einsamkeit**: „Es macht einem schon Ängste, wenn man alleinstehend ist. Man will ja nicht sein ganzes Leben alleine sein.“ (Graz_C), vor allem aber Ängste, die von den Corona-Eindämmungsmaßnahmen der Bundesregierung hervorgerufen worden waren: Sehr präsent war in den drei Diskussionen der „alten“ Armutsbetroffenen sowohl die **Angst vor einer der hohen Geldstrafen**, die bei Verstößen gegen die Corona-Regeln ausgesprochen worden waren, als auch die Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit, die aus dieser Furcht entstanden. Das ging so weit, dass Hilfsangebote (z. B. Sozialmärkte) seltener in Anspruch genommen wurden.

„Diese Panik und Angst (...) vor diesen hohen Strafen. Weil ein armutsbetroffener Mensch, dem 2.700 Euro an Strafe in Aussicht gestellt wird, das wäre der Ruin. (...) Für uns wäre das wirklich existenzbedrohend, -gefährdend, -vernichtend.“ (Wien_C)

„Wenn du arm bist, hast du einfach viel mehr Angst vor Strafen. (...) Das reguliert das Verhalten einfach ungleich stärker als bei Leuten, die Geld haben. Das ist eine totale Ungerechtigkeit, finde ich. Und der Zugang zum Recht ist auch viel schwieriger. (...) Wenn du was sehr ungerecht findest, dann nimmst du keinen Anwalt.“ (Graz_B)

„Ich brauche nicht zusätzlich noch einen Stress. Psychisch eh auch nicht so 100-prozentig, habe dann eh schon leichte Tendenzen zur Depression gehabt und habe es dann eben aus solchen Gründen komplett vermieden, hinaus zu gehen.“ (Wien_E)

Eine Geldstrafe musste keine*r der Befragten entrichten, aber einige berichteten von Begegnungen mit der Polizei, die sie als extrem übergriffig empfanden, gerichtet gegen Menschen, deren Verwundbarkeit aus Körpersprache und Mimik fühlbar ist, oder gegen Menschen, deren Aussehen auf einen Migrationshintergrund schließen lässt.

„Mir ist passiert, dass mir schlecht war in Floridsdorf (...). Zuerst fotografiert mich ein Security vor der Bank: Warum ich auf einer Bank dort sitze? Es war niemand rund um mich herum. (...) Ich bin zu diesem Security gegangen und habe gesagt, warum er mich fotografiert hat. Hat er gesagt, er sendet das direkt zur Polizei. Ich habe dann wirklich alle Zustände bekommen, mir ist schlecht, ich musste wieder sitzen, ich habe mich so aufgeregt. Auf einmal kommt die Polizei und schreit. So eine junge hat sich rausgelehnt, und schreit die Polizistin: „Verschwinden S' da, Sie haben da nicht zu sitzen, weil sonst

gebe ich Ihnen jetzt ein Strafmandat“. Da habe ich gesagt: „Sie, ich bin nachweislich chronisch krank, mir geht es schlecht. Ich muss jetzt schauen, wie ich wirklich nach Hause komme“. Und: „Das interessiert mich nicht!“ Und dann hat sie eine Durchsage durch den ganzen Floridsdorfer Platz gemacht: Alle haben diesen Platz zu räumen, Corona, Corona, Corona.“ (Wien_B)

„Was wir auch erlebt haben, ist der Rassismus der Polizei. Weil ich habe ein schwarzes Kind, und wenn wir Rad fahren gegangen sind z.B., dann ist er niedergeschrien worden von der Polizei, er hat nach Hause zu gehen und zu Hause zu bleiben.“ (Wien_C)

Exkurs: Viel Kritik an der Kommunikationspolitik der Bundesregierung

In allen Runden war scharfe Kritik an der Informationspolitik der Bundesregierung zu hören: Die Rede war von „Panikmache“, die „schon extrem war“ (Salzburg_A), von „Manipulation“ (Wien_D), „gezielter Fehlinformation“ (Gemischt_G), „Chaos“ (Gemischt_D) und – über die Zeit gesehen – einem „Hü und Hott“ (Graz_C). Die Regeln seien nicht mit der nötigen Klarheit kommuniziert worden. Viele fühlten sich verunsichert und wussten nicht, was erlaubt und was verboten war. Das habe zu den eben geschilderten Ängsten beigetragen, war zu hören.

„Mich hat das schon auch irgendwie etwas in Angst und Schrecken versetzt, wie sie es kommuniziert haben. Das war wirklich so, dass man sich gedacht hat, was darf man jetzt noch. Und dass da so strenge Strafen, so hohe Geldstrafen auf einmal verhängt worden sind, auch nur wenn man draußen auf einer Bank in einem Park sitzt, bist am Schirm gewesen.“ (Graz_E)

Besonders intensiv wurde dieses Themenfeld von den Kunstschaffenden besprochen. Die Pressekonferenz von Vize-Kanzler Werner Kogler und der damaligen Staatssekretärin Ulrike Lunacek aus dem April² rief noch in der Erinnerung viel Emotion hervor. Vor allem aber waren die Kunstschaffenden verärgert und getroffen, weil Kulturveranstaltungsorte in ihrer Wahrnehmung „unfair“ behandelt und anders dargestellt würden als z. B. die Gastronomie oder der Flugverkehr:

„Ganz schlimm war diese berüchtigte Pressekonferenz, ich bin echt heulend vorm Fernseher gesessen und habe gedacht, also so wichtig sind wir euch?“ (Kunst_E)

² https://www.youtube.com/watch?v=SnCOI_Q3gHA (abgerufen 17.9.2020)

„Was mich persönlich wahnsinnig ärgert, (...) wie das kommuniziert wird. Man hat so das Gefühl, wenn man ins Theater geht, ist man nachher todkrank, aber ins Flugzeug kann man steigen. (...) Das ist, glaub' ich, ganz gefährlich, im Bewusstsein der Bevölkerung. (...) Ich finde diese unterschiedliche Behandlung ist wirklich schwierig. Also ich glaube, man muss einfach auch kommunizieren: Leute, ihr könnt auch ins Theater gehen, genauso wie ihr essen geht, ohne dass ihr dann schwer krank wieder rauskommt.“

(Kunst_C)

Aggressionen

Das Ansteigen aggressiver Verhaltensweisen war in den Gesprächen nicht so omnipräsent wie die Ängste, wurde aber ebenfalls häufig angesprochen. Berichtet wurde von Streitereien **in den eigenen vier Wänden**: „Da schreit man sich bis zum Geht-nicht-mehr an, und dann redest ein paar Tage nichts miteinander. Haben wir alles gehabt daheim. (...) Weil wir uns am Arsch gegangen sind, dann irgendwann.“ (Salzburg_H) Schwelende Konflikte **in der Nachbarschaft** brachen aus, was sich z. B. in zerstochenen Autoreifen oder verbalen Angriffen gegen gesellschaftlich ohnehin bereits ausgegrenzte Armutsbetroffene äußerte: „Ich habe diese Situation (...) als Alleinerzieherin mit vier Kindern eigentlich vorher auch schon gehabt, weil man ist eigentlich sozial ausgegrenzt und man ist isoliert und man ist dauernd im Gespräch (...) Das einzige halt, dass die verbale Aggression ein bisschen gestiegen ist, von den Nachbarn.“ (Salzburg_A)

Ein Thema, das „unter den Teppich“ (Salzburg_F) gekehrt werde, so einige Befragte, seien die steigenden Aggressionen **in betreuten Wohnformen** z. B. für psychisch Kranke. Das Besuchsverbot und die Schließung der spezialisierten Freizeitangebote habe die Alltagsroutine der Betroffenen gestört, sie tagsüber ohne Beschäftigung gelassen und ihnen die nötigen und gewohnten sozialen Kontakte geraubt: mit den Eltern oder Partner*innen, die nicht im gleichen Haushalt leben. Was schon für andere belastend sei, bringe psychisch Kranke aus ihrem fragilen Gleichgewicht, und ihre Krankheit werde akut. Hinzu komme, dass in Linz zum Beispiel Betreuungsgespräche zwar stattgefunden haben, aber nur einmal pro Woche und per Telefon, was kein vollwertiger Ersatz für einen persönlichen Kontakt sei. All dies sei auch durch einen erhöhten Alkoholkonsum befeuert worden.

„Mir ist besonders aufgefallen (...), dass die Leute viel aggressiver werden, jetzt nach ein paar Wochen. Generell die Gewaltbereitschaft und auch die Gewalt in den Familien, die nimmt extrem zu. Und ganz schlimm ist das im Bereich vom Betreuten Wohnen, weil wir sind da jetzt momentan wieder ganz, ganz weit weg vom selbstbestimmten Leben einfach. Weil die werden einfach zugesperrt, die dürfen keine Leute mehr sehen, obwohl es eigentlich Beziehungen gibt, (...) Momentan nehmen die Übergriffe ganz, ganz extrem zu, wird aber überall nur runterdiskutiert, weil es das auch gar nicht geben kann.“ (Salzburg_G)

Im öffentlichen Raum sei das höhere Aggressionslevel z. B. an einer gestiegenen Zahl von „wie die Wahnsinnigen“ rasenden Autofahrer*innen (Salzburg_A) festzumachen gewesen, an „pöbelnden“ Angehörigen vor Krankenhäusern (Graz_E), die mit den eingeschränkten Besuchsmöglichkeiten nicht zu Rande kamen oder an jenen Menschen, die für Ordnung sorgen wollten, indem sie andere – die sich anscheinend nicht an die Regeln hielten oder ihnen körperlich zu nahe kamen – maßregelten.

„Was das eigentlich mit uns allen als Menschen und Gesellschaft gemacht hat, diese Dosis von Aggression, die ich bei den Menschen auch beobachtet habe. Eben wenn jemand zu nahekommt (...). Diese auch latente Aggression, die – das ist meine Interpretation – auch aus Angst einfach bei den Leuten zu beobachten war.“ (Gemischt_D)

Depressionen

Die langen Wochen der Untätigkeit (Wohnung und Keller waren schon längst geputzt), die Unsicherheit, wie lange die Pandemie und deren Folgen noch anhalten würden, die Ungewissheit, wie in Zukunft Wirtschaft, Kultur oder Bildung funktionieren können, die Dauerpräsenz von Angst und Panik (wenn nicht im sozialen Umfeld, dann doch in den Medien), die vielen Tage in den eigenen vier Wänden und die Sehnsucht nach Freunden*innen und Familie – „das macht depressiv das Ganze, ja schon. Es verstärkt die Depression“ (Salzburg_B). Wer zu depressiven Verstimmungen neigt, war in dieser Situation noch verletzlicher als sonst; wer in der Familiengeschichte oder der eigenen Vergangenheit negative Erfahrungen mit dem Eingesperrt-Sein und autoritären Systemen hat, reagierte mit Verstörung. Bei manchen seien Depressionen, Ängste und Panikattacken erst Wochen nach dem Lockdown aufgetreten, bei anderen, z. B. den Kunstschaaffenden, waren sie im ersten Augenblick am schlimmsten und konnten nach und nach besser bewältigt werden.

„Ich habe es ja selber gespürt an mir, (...) wo ich wirklich im Grund genommen dann depressiv geworden bin. Wo mich ja auch wirklich nichts mehr interessiert hätte zu tun fast, wenn ich nicht Gott-sei-Dank in einer WG wohnen würde, wo sie mich rausgerissen hat, die Kollegin. Ich wäre wieder so weit gewesen wahrscheinlich, dass ich ins Wagner-Jauregg gekommen wäre, oder Neuromed Campus, wie es jetzt heißt.“ (Salzburg_F)

„Dann kommt dazu, dass ich aus einer jüdischen Familie komme. Lock-Down, Hausarrest, danach kommt Enteignung und Krieg in meiner Familie, und Mord. Mich hat es psychisch komplett ausgehebelt. (...) Damit habe ich eigentlich viele, viele Wochen am meisten zu kämpfen gehabt, dass ich in meiner Balance bleibe.“ (Wien_C)

„Ich glaube, das hat alle betroffen, dass man am Anfang mal in eine Depression gefallen ist. Oder? Man bereitet vor, man macht, man tut, man plant, und plötzlich hat man absolut nichts zu tun. Man hat alles umsonst gemacht. (...) Das ist schon bitter, wenn man dann im Kalender einen Termin nach dem anderen durchstreicht. Und dann sitzt man daheim,

und ich habe z. B. auch nicht geübt, ich habe einmal drei Wochen gar nicht geübt, weil ich gedacht habe: wozu.“ (Kunst_D) – „Neun Wochen.“ (Kunst_A) – „Ich war wirklich froh, dass ich einen Hund habe, dass ich jeden Tag aufstehen muss, weil ich glaube, ohne den wäre ich wochenlang im Bett geblieben und echt total depressiv geworden. Und ich habe drei Monate die [Instrument] nicht angerührt. (...) Ich habe mich dann wirklich ganz bewusst wieder hinsetzen müssen und sagen, jetzt tust gefälligst was, weil sonst, ja, geht nichts mehr.“ (Kunst_E)

„Mein Freund ist drei Wochen nicht vom Sofa aufgestanden. (...) Der ist Bühnentechniker mit einem fixen Vertrag und war dann auf Kurzarbeit. (...) Das Hotel Intercontinental hat ja dann gekocht für ältere Leute und hat dann Leute gesucht, die das dann quasi mit dem Rad liefern. Und das haben wir dann gemacht.“ (Kunst_C)

1.3.4 Gesundheit als oberste Priorität – steife Gelenke und vertagte Therapien

„Meine ganze rechte Seite ist kaputt, (...) von der Schulter über die Hüfte, das Knie bis zum Fußgelenk, bis zum Fuß. (...) Ich bringe es nicht mehr in Funktion, ich habe mich so bemüht, es geht einfach nicht. Das hat genügt, ich war acht Wochen komplett im Lockdown. (...) Das war nur durch diesen Bewegungsmangel in dieser relativ kurzen Zeit, weil ich ein armer Mensch bin, ich kann mir kein Ergometer hinstellen oder Laufband (...). Erstens habe ich den Platz gar nicht dafür, (...) zweitens habe ich das Geld nicht, um mir dieses Teil zu kaufen oder zu transportieren. (...) Ich muss jeden Tag stundenlang gehen, um die Gelenke zu schmieren und in Bewegung zu halten. Wenn ich das nicht kann, dann werde ich halt hin.“ (Wien_A)

Die körperliche Gesundheit wurde im Vergleich zur psychischen in den Fokusgruppen nur selten angesprochen und auch auf ausdrückliche Nachfrage kaum diskutiert. Erwähnung fanden aufgeschobene Therapien von Krankheiten, die nichts mit dem SARS-CoV-2 zu tun haben: Das reichte von Physiotherapien bis zu Strahlenbehandlungen bei Krebs. Dass dies so weit ging, dass die Pfleger*innen einer Spitalskrebstation in Kurzarbeit waren, wie eine Teilnehmerin aus ihrem Bekanntenkreis wusste, stieß auf viel Kritik, ebenso dass es bei Corona-Verdacht keine ausreichende Beratung und Betreuung gegeben habe, wie einige Befragte aus ihrem sozialen Umfeld gehört hatten.

„Ich habe eine Freundin, sie war mit zwei minderjährigen Kindern allein zu Hause, hat eine Woche lang starkes Fieber gehabt, und dann irgendwann mal ist die Rettung gekommen, nachdem wir mehrmals angerufen haben und urgieren haben. (...) Sie hat gesagt, (...), ich habe Angst um mein Leben gehabt, wirklich, um meine Gesundheit und meine Kinder und ich habe mich so alleine gelassen gefühlt.“ (Gemischt_D)

Gesundheitliche Folgen am eigenen Körper spürten am ehesten betagte Armutsbetroffene, die einer Risikogruppe angehören: Da sie die Ausgangbeschränkungen wochenlang befolgten, fehlte ihnen ihr Bewegungsspensum im Freien, was teilweise äußerst unangenehme und nachhaltige Folgen hatte.

Exkurs: Der schwierige Umgang mit den Corona-Risikogruppen

Dass Personen, die ein hohes Risiko tragen, am neuartigen Virus schwer zu erkranken, besonderen Schutz erhalten sollten, darüber bestand in den Diskussionsgruppen Einigkeit, weniger jedoch darüber, wie dieser Schutz aussehen könnte. Gegen den mehrfach geäußerten Vorschlag einer Isolation setzten sich Teilnehmer*innen, die selbst einer Risikogruppe angehören, umgehend zur Wehr. Angesichts der psychischen Probleme, die ihnen die Wochen des Lockdowns gebracht hatten, schien eine weitere Isolation abschreckend. Aber auch jene, deren Eltern aufgrund schlechten Gesundheitszustands isoliert gewesen waren, sprachen sich gegen ein derartiges Vorgehen aus: Ihre Eltern wollten die verbleibende Lebenszeit nicht einsam verbringen, sondern mit ihren Kindern, Enkeln*innen und Partnern*innen. Telefongespräche seien definitiv kein Ersatz für persönliche Kontakte, auch weil betagte Menschen oft schwerhörig seien.

Wurde über den Schutz der Risikogruppen gesprochen, folgte fast immer eine Diskussion über die Besuchsregeln in Krankenhäusern und Heimen. Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass gerade für schwer kranke, hilflose oder psychisch beeinträchtigte Menschen soziale Kontakte wichtig seien, um zu genesen oder zumindest den fragilen Ist-Zustand stabil zu halten. Dass selbst Sterbende, die nicht mit dem Corona-Virus infiziert waren, nicht besucht werden durften, auch nicht von ihren langjährigen Partnern*innen, sorgte für völliges Unverständnis.

„Er [der Vater] ist genau am Tag vor dem Lockdown ins Spital gekommen für eine lebensrettende Operation. Er kommt rein und am nächsten Tag kriegt er keinen Besuch mehr für 15 Tage. Der ist ausgezuckt, der wäre fast gestorben, weil er aufgegeben hat, nur deswegen. Und das macht mich wütend, weil es genau diese Gruppe an Menschen ist, die wir angeblich schützen. (...) Mein Vater (...) will doch nicht irgendwo einsam sterben. Der will die letzten Monate (...) möglichst viel mit den Menschen verbringen, die er liebt, für die er sein ganzes Leben da war. (...) Wenn dem jemand sagt, er darf sie nicht sehen, dann lacht er, findet das blöd.“
(Gemischt_A)

1.3.5 Homeschooling – eine permanente Herausforderung

„Ein pubertierender Sohn, der gerne lernt in der Schule (...). Ich konnte ihn zum Lernen gar nicht motivieren. (...) Du verblödest. Die haben das vergessen, was sie vorher kannten. Was er ganz schnell herausgefunden hat, dass er sowieso nur eine Note schlechter werden kann, wenn er nix tut. Und nachdem er ein guter Schüler war, war es ihm scheißegal. Also mir war es nicht egal.“ (Wien_C)

Homeschooling habe die Eltern gefordert und überfordert, war in den Fokusgruppen³ durchgehend zu hören, am heftigsten aber von den armutsbetroffenen Alleinerzieherinnen. Alle Eltern mussten von einem Tag auf den anderen die Rolle der Lehrer*innen übernehmen, was inhaltlich nicht immer möglich war, aber vor allem sehr viele emotional gar nicht wollten: „Ich bin aber Mutter, und es geht um Liebe zu dem Kind und nicht darum, Bulldogge zu sein, dass der lernt.“ (Wien_C)

Die Diskussionsteilnehmerinnen – es waren bis auf eine Ausnahme durchwegs Alleinerzieherinnen – schilderten die schwierige Situation anschaulich: Manche Kinder und Jugendliche verweigerten ganz offen jede Tätigkeit für die Schule, andere gaben bloß vor, ihre Aufgaben zu erledigen – fast alle waren mit der neuen Schulsituation überfordert, in der sie selbstständig und selbstorganisiert lernen sollten (was schon vielen Erwachsenen in der vergleichbaren Situation des Homeoffice nicht gut gelang). Es fehlte der persönliche Kontakt und damit die Bindung an die Schule. Der Lernstoff war häufig auf Faktenwissen beschränkt, was das Interesse der Schüler*innen nicht gerade steigerte.

„Mein 16-jähriger Sohn ist überhaupt nicht einmal aufgestanden, und die Schule hat blöderweise von den Kindern erwartet, dass die sich zum Zeitpunkt des normalen Schulbeginns online anwesend melden. Natürlich haben alle darauf geschissen. Jeder hat Corona-Ferien, und sie sollen von 8 bis 12 online sein und zu den vorgegebenen Stunden die Arbeitsaufträge erledigen. (...) Dann habe ich mir beim zweiten Sohn [gedacht], der doch immer wieder was gemacht hat, ah super, der macht das selbstständig. Ich habe dann eigentlich nur nachgefragt, ob er eh alles gemacht hat und abgegeben hat, und der hat immer ja gesagt, und ich habe es ihm immer geglaubt, weil es mir zu blöd war, immer alles hinterher zu kontrollieren. Und dann hat sich halt nachher herausgestellt, dass das gar nicht so war.“ (Graz_B)

Eine Unterstützung von Seiten der Schulen erhielten die Eltern in der Regel nicht. Ganz im Gegenteil hatten die Befragten eher den Eindruck, dass an den Schulen zumindest zu Beginn des Lockdowns Chaos herrschte und sich die Überforderung auch auf die Lehrenden erstreckte, die zudem völlig uninformiert wirkten. Die Eltern waren also auf

³ In der Fokusgruppe der Kunstschaaffenden hatte keine Teilnehmerin Kinder im schulpflichtigen Alter.

sich allein gestellt und sahen sich gedrängt, ihre Kinder ständig zu mahnen und zu kontrollieren – und scheiterten trotzdem (oder deswegen) daran, die Kinder zu motivieren. Als Ergebnis traten zudem Spannungen innerhalb der Familien auf. Und all das geschah, während viele Eltern selbst beruflich in einer fordernden Situation waren.

Die mit dem Homeschooling verbundenen Schwierigkeiten galten für alle Familien in Österreich, bei Armutsbetroffenen und -bedrohten zeigten sich aber stärkere Wirkung. Materielle Armut und Bildungsarmut gehen hierzulande sehr häufig Hand in Hand. Nicht nur unsere Erhebung, sondern auch andere aktuelle Studien⁴ geben Hinweise, dass das Homeschooling die bestehenden, sozial bedingten Unterschiede bei den Bildungschancen noch weiter vergrößert hat. Mehr noch: Homeschooling machte diese Ungleichheiten wie durch ein Vergrößerungsglas erst so richtig sichtbar, denn armutsbetroffene und -bedrohte Familien verfügen in der Regel nicht über einen Computer pro Person, können sich die schnellen Internetverbindungen häufig nicht leisten und haben auch nicht zwingend einen Drucker bzw. Scanner im Haushalt. Und so musste z. B. eine Diskussteilnehmerin mit einem einzigen Laptop für sich selbst (sie war gerade auf Jobsuche) und ihre vier Söhne (alle Schüler) auskommen, eine andere (ebenfalls Alleinerzieherin) erzählte, wie die Hilfe nur auf massiven Druck der Medien und dann zu spät erfolgte:

„Meine Tochter hat alles über das Smartphone gemacht. Sie hat die Sachen teilweise nicht lesen können, weil sie zu klein waren. (...) Wir hatten nur ein Laptop von meinem Sohn, ich habe das dann noch organisiert, dass er in der Nacht gearbeitet hat, meine Tochter am Tag. Zum Glück habe ich dann ein Interview mit der R. gemacht und habe im ORF dann verkündet, dass wir diese Situation haben. (...) Wir haben von der Schule über das Bundesministerium für Unterricht ein Laptop dann bekommen, das kam, als der Lockdown schon geendet hatte, (...) zwei Wochen vor Schulende.“
(Wien_D)

Da diese Familie keinen Drucker zu Hause hat, musste die Tochter (trotz Ausgangsbeschränkung) den weiten Weg in die Schule mit öffentlichen Verkehrsmitteln machen, um dort Unterlagen abzuholen, die ihre Mutter mit viel Aufwand organisiert hatte.

Internetverbindungen über Wertkarte, wie sie viele Armutsbetroffene haben, sind nicht nur wenig stabil, was z. B. bei Universitätslehrveranstaltungen, die über Zoom abliefen, regelmäßig zu Unterbrechungen führte, wie eine Studierende berichtete, sondern auch sehr teuer, wenn Schule oder Studium online erledigt werden müssen.

⁴ Siehe z. B. Schönherr, Daniel (2020) Zur Situation von Eltern während der Coronapandemie (SORA, Wien); Volkshilfe Österreich (2020) Corona und Armut. In: Volkshilfe – Magazin für Menschen 2020(2), 5-6.

Für Alleinerziehende mit mehreren Kindern – sie tragen statistisch nachgewiesen ein erhöhtes Armutsrisiko – war nicht nur das Homeschooling eine kaum zu bewältigende Aufgabe, sondern auch die wenigen Wochen des darauf folgenden Präsenzunterrichts, der in Gruppen abgehalten wurde, wie eine berufstätige, armutsbetroffene Alleinerzieherin mit vier jugendlichen Söhnen beschreibt:

„Der A macht ja Lehre mit Matura, (...) und [er hat] alle drei Tage gearbeitet und [war] drei Tage daheim. (...) Mein Jüngerer von der NMS hat jeden zweiten Tag so quasi dann in die Schule müssen nach einer Zeit. Und die anderen, die im Polytechnischen, fünf Tage der C, dann fünf Tage der D, also das war, das war alles eine Katastrophe. (...) Im Endeffekt gäbe es in den Schulen genug Raum und genug Platz, dass man das so gestalten könnte, dass jeder einen Abstand hält.“ (Salzburg_A)

Dass in dieser Zeit auch noch Lehrstellen für zwei der Söhne gefunden werden mussten, erschwerte die Situation noch einmal, denn die seit langem gemachte Zusage einer Zimmerei fiel der Corona-Krise zum Opfer: Der Betrieb hatte sich von seinem Lehrlingsbeauftragten getrennt. Vorstellungsgespräche waren in Zeiten von Kurzarbeit und Betriebsschließungen schwierig zu bewerkstelligen und die Unternehmen angesichts unsicherer Prognosen zögerlich bei ihren Zusagen, nicht nur bei dieser Familie aus Salzburg.⁵

Im Rückblick beschäftigt die Eltern vor allem die Furcht, dass ihre Kinder das Schuljahr verloren haben. Bei materiell abgesicherten Eltern mit einem guten Bildungsabschluss ist dies vielleicht ein Grund für Ärger, bei armutsbetroffenen Eltern (insbesondere, wenn sie einen Migrationshintergrund haben) ein Grund zu ernster Sorge, die in den Diskussionsrunden auch vehement zum Ausdruck gebracht wurde:

„Aber insgesamt habe ich einfach gemerkt, dass die schon total zurückfallen. Da habe ich dann auch so das Gefühl, ich gerate halt so ins Hintertreffen und die Kinder geraten so ins Hintertreffen gegenüber Leuten, die vielleicht schon in einer bissl besseren Situation sind. (...) Das ist auch ein Grund jetzt für meine Ängste gewesen, weil ich konnte das überhaupt nicht auffangen eigentlich.“ (Graz_B)

„Viele Eltern sind total unglücklich, besonders Eltern aus meinem Umkreis, migrantische Eltern, weil sie gesehen haben, dass die Kinder selbstständig, also im Homeschooling nicht weiterkommen. Und sie selbst nicht in der Lage sind, (...) sie zu unterstützen.“ (Selbst_D)

⁵ Der Standard, 4.5.2020: Corona trifft Lehrstellenmarkt und Lehrlinge voll (Szigetvari, Andrés): <https://www.derstandard.at/story/2000117280325/corona-trifft-lehrstellenmarkt-und-lehrlinge-voll>, abgerufen 13.9.2020

Was die Situation von Kindern mit Migrationshintergrund noch weiter erschwerte: Auch die Hilfsangebote für lernschwache Schüler*innen, die häufig auf Basis von Freiwilligenarbeit funktionieren, waren geschlossen und blieben dies zum Teil auch noch länger, als der Lockdown dauerte, weil die freiwilligen Helfer*innen oft Risikogruppen angehören (z. B. Pensionisten*innen). Auf Onlinebetrieb können solche Angebote nicht so leicht umgestellt werden, denn oft fehlt den Lehrenden die Kompetenz für den Online-Unterricht.

1.4 Hilfe und Unterstützung – was wie gut funktioniert hat

„Diese Hilfe von der SVS (...) ist natürlich eine Riesenhilfe und eine große Unterstützung, weil es ist einfach jetzt mal für ein paar Monate die Miete bezahlt.“

(Kunst_C)

Was die Suche nach Hilfe und Unterstützung anlangt, sahen die Reaktionen auf den Lockdown bei den Befragten unterschiedlich aus: Während eine von ihnen erzählte: „Ich bin eher in so einen Wartemodus ein bisschen verfallen und habe mich im Internet verirrt, einige Wochen lang.“ (Graz_B), haben andere sofort nach Unterstützungsmöglichkeiten Ausschau gehalten und die ersten Antragsformulare ausgefüllt. Viele der armutsbetroffenen Teilnehmer*innen haben, nachdem die staatlichen Corona-Hilfsmaßnahmen einmal angelaufen waren, rasch festgestellt, dass sie „nirgends reinpassen“ (Graz_B), denn für sie galt: „keine Familie, keine Kinder, keine Ansprüche.“ (Graz_A) Die Einmalzahlung von 450 Euro für Arbeitslose wurde übrigens nie erwähnt, war aber zum Zeitpunkt der Diskussionen auch noch nicht ausgezahlt worden, sehr wohl jedoch die Aufstockung der Notstandshilfe: Da habe „man auch wieder ein bissl mehr durchatmen“ können (Graz_C).

Wenn es um effiziente **Hilfe** ging, waren es aber nicht die staatlichen Angebote, die in den Diskussionen am öftesten angesprochen wurden, sondern jene **aus dem privaten Umfeld**. Denn auch jene Armutsbetroffenen, die eine Corona-Zahlung erhalten haben, waren oft auf die Unterstützung ihrer Familien und Freunde*innen angewiesen. Das wiederum ist für Armutsbetroffene nicht ungewöhnlich, auch in normalen Zeiten sind vor allem die **Eltern** eine wichtige finanzielle Stütze für sie. Jetzt, in der Ausnahmesituation, sprangen die Väter und Mütter dieser erwachsenen, meist gar nicht mehr jungen Menschen ein, um laufende Kosten zu decken (z. B. die Miete), um Sonderausgaben zu ermöglichen (z. B. die Schulkleidung für die Kinder) oder um einen teuren „Hamsterkauf“ zu finanzieren, damit die Tochter – eine Risikopatientin – so selten wie möglich auf die Straße muss. Sie halfen aber auch bei praktischen Angelegenheiten, z. B. indem sie ihren Drucker bzw. Scanner zur Verfügung stellten. Doch nicht immer waren die Verwandten in der Lage zu helfen: Just der Bruder jenes Migranten, der aufgrund seiner zu kurzen

Erwerbstätigkeit in Österreich keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, musste seine Geldsendungen einstellen, weil er infolge der Corona-Krise selbst den Arbeitsplatz in Deutschland verloren hatte.

Freunde und Freundinnen borgten Geld her, was im Augenblick zwar eine wertvolle Entlastung war, aber Schulden verursachte, die angesichts der angespannten finanziellen Lage nicht leicht zu begleichen sind, auch wenn es sich nur um Bagatellobeträge handelt. Glücklicherweise konnten sich all jene Angehörigen einer Risikogruppe schätzen, die in ihrem sozialen Umfeld jemanden hatten, der für sie die Besorgungen des täglichen Lebens übernahm, was jedoch nicht bei allen Befragten der Fall war.

„Wir haben halt ein Glück gehabt, ein guter Freund von mir, (...) der ein bissl eine bessere Pension hat, den hab ich angerufen: Du, wie schaut es aus? Kannst du uns finanziell aushelfen? Weil sonst wird es eng den nächsten 14 Tagen. Ja, war Gott sei Dank kein Problem. (...) Das eine habe ich ja schon zurückzahlen können, aber (...) nochmal ein Geld ausborgen, dass wir es wieder schaffen, wäre nicht mehr so leicht.“ (Salzburg_H)

„Ich bin halt dann im Lock-Down wirklich diese drei Monate zu Hause gewesen, habe das Glück gehabt, (...) dass da die [Name der Freundin] auf den Berg gefahren ist mit dem Postbus und einmal in der Woche mir einen Einkauf gebracht hat. Aber dieses Abhängigkeitsgefühl ..., andererseits habe ich noch Glück im Unglück gehabt in der Zeit. Ich denke an viele Leute, die dieses soziale Netz eben nicht haben.“ (Graz_C)

„Ich musste selber einkaufen gehen, obwohl ich eine Hochrisikopatientin bin (...). Ich bin chronisch lungenkrank und musste rausgehen (...) einmal in der Woche.“ (Wien_A)

Innovativ, professionell und altruistisch ist der **Podcast**⁶ jener Musikerin, die mit ihrer Radioreihe so viele private Spenden für sich selbst lukrieren konnte, dass sie von staatlichen Hilfszahlungen weitgehend unabhängig blieb und gleichzeitig einigen Kollegen*innen, ihren Gästen in der Sendung, private finanzielle Hilfe verschaffte. Es ist ihr damit eine Art Best-Practice-Modell für den Kulturbereich in Corona-Zeiten gelungen, auch wenn der Podcast ihre normalen Einkünfte aus Konzertauftritten und Unterricht bei weitem nicht aufwiegt.

„Wenn man ein Publikum hat, und wenn man Leute hat, die das mögen, was man macht sozusagen, (...) man kann damit Geld lukrieren. Aber es muss professionell sein, und man muss sich wirklich überlegen, wie mache ich das. Weil es ist halt damals auch entstanden, (...) jemand sitzt im Jogginganzug, spielt Gitarre, singt und die Katze läuft durchs Bild (...). Ist zwar lustig drei Wochen, aber (...) sozusagen auf lange Sicht war für mich klar, dass

⁶ Link zum Podcast [„Wie das Leben so spielt ... wir Musiker“](#)

man was professionell überlegen muss, einen Plan B, wenn das mit den Konzerten nicht klappt.“ (Kunst_D)

Trotzdem blieb einigen Armutsbetroffenen keine andere Wahl, als **bei sozialen Einrichtungen um Spenden zu bitten**; die Rede war von Gutscheinen und Einkaufsgeld von der Caritas, einer Übernahme der Miete durch das Rote Kreuz und kostenlosen Mahlzeiten von der Diakonie.

Die **staatliche Corona-Hilfe für Familien** wurde von den befragten Alleinerzieherinnen einerseits als sehr unterstützend wahrgenommen, andererseits wurde aber auch heftige Kritik geübt. Der **Kinderbonus**⁷ sei hilfreich, über den idealen Zeitpunkt der Auszahlung herrschte aber Uneinigkeit: für die einen war der Schulbeginn im Herbst richtig, andere hätten eine frühere Überweisung zu Schulschluss vor dem Sommer bevorzugt. Außerdem verstand eine Teilnehmerin nicht, wieso „Millionäre“ diese Unterstützung auch ausgezahlt bekommen: „es hätte ein bisschen sozial gestaffelt gehört“. (Salzburg_A)

„Im Herbst soll ja das für die Kinder, mit der Familienbeihilfe, ausbezahlt werden. Das war für mich eine Erleichterung, diese Ankündigung, weil ich genau weiß, dass ich im Herbst die Schulsachen nicht zahlen werde können. (...) Ja, da bin ich schon froh. Das wird für mich passen.“ (Graz_B)

Dass es gleich zwei Corona-Familienfonds gibt, sorgte offensichtlich für Verwirrung. Jedenfalls diskutierten zwei Teilnehmerinnen über den **Familienhärtefonds** (geltend für jene, die vor März 2020 erwerbstätig gewesen waren) und den **Familienkrisenfonds** (geltend für jene, die vor März 2020 arbeitslos gewesen waren) so, als ob es sich um ein und dasselbe handelte. Trennt man die Aussagen, erhält man für jeden der beiden Fonds einen Erfahrungsbericht, denn die eine Teilnehmerin könnte eine Förderung aus dem Familienhärtefonds erhalten, die andere aus dem Familienkrisenfonds. Heftig kritisiert wurden die Informationen, die das Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend geliefert hat: Diese seien unzureichend und irreführend gewesen. Auf der Homepage seien keine Angaben darüber zu finden gewesen, ob die „alten“ Arbeitslosen auch eine Zahlung erhalten werden. Bei der Telefon-Hotline habe ebenfalls niemand Auskunft darüber geben können. Man sei ständig hingehalten worden, die versprochenen Rückrufe seien niemals getätigt, die angekündigten Antwort-Mails nie verschickt worden. Der Familienkrisenfonds scheint auf diese Art und Weise quasi unsichtbar geblieben zu sein, erwähnt wurde er nämlich nicht ein einziges Mal. Alle sprachen stets nur vom „Härtefonds“, über dessen Funktionieren ebenfalls Informationslücken bestehen, sodass

⁷ „Familien werden im September eine Sonderzahlung von 360 € pro Kind erhalten. Das Geld soll gemeinsam mit der Familienbeihilfe und dem Schulstartgeld ausgezahlt werden.“ (Parlament (2020): Nationalrat: Familien erhalten im September Sonderzahlung von 360 € pro Kind. In: Parlamentskorrespondenz Nr. 769 vom 08.07.2020 (https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2020/PK0769/), abgerufen 24.9.2020

dort der Eindruck einer chaotischen Handhabung entstanden ist: Die ausgezahlten Beträge seien völlig willkürlich und hätten nichts mit dem letzten Einkommen zu tun. Die heftigste Kritik wendete sich jedoch gegen die langen Bearbeitungszeiten, die sich mit der Bezeichnung Familienhärtefonds nur schwer vereinen ließen.

„Das war ja bis vor zwei, drei Wochen gar nicht klar, (...) was das bedeutet, wenn man arbeitslos schon vor dem 28.2. war. Das wurde auf keiner Homepage kommuniziert, das wussten die (...) Mitarbeiter der Hotline nicht. Ich habe dort, wie gesagt, dreimal die Woche angerufen. Ja, wir wissen auch noch nichts, schauen sie halt regelmäßig auf die Homepage. (...) Du hast keine Informationen bekommen, es war mühsamst. (...) Sie sagen immer, bei der Hotline z. B., wir rufen Sie zurück oder wir schicken ein Mail. Da kommt aber nichts. Wochenlang. So kann man nicht tun. Ich meine hallo, das ist ja keine Bananenrepublik.“
(Wien_D über den Familienhärtefonds)

„Da ist ein Chaos, das glaubt man nicht. Die einen kriegen zu viel, die anderen kriegen gar nichts. Die nächsten sagen, wo kann ich mich beschweren, ich habe drei Monate Einkommensverlust von 1.500 Euro und kriege 90 Euro.“ (Wien_B über den Familienhärtefonds)

„Ich hatte 90 Prozent von meinem Gehalt [wegen Kurzarbeit]. Dann ab 15.4. hat man ansuchen können. (...) Am 17. 4. habe ich das gemacht. Das war relativ aufwändig, weil ja die ganzen Dokumente eingescannt werden müssen, und Gehaltsbestätigung und blabla. Und dann weg. Und dann nichts mehr. (...) Dann habe ich mir gedacht, das ist echt eine Verarsche, also weil dann war schon Juni-Miete fällig. Dann habe ich mir schon gedacht, wie wird sich das ausgehen? Und jetzt ist Juli und also, das sind bei mir fast 400 Euro, und dann denke ich mir, wie geht es jemandem, der gar keine Rücklagen hat?“
(Wien_C über den Familienhärtefonds)

Exkurs: Spaltungstendenzen in der Gesellschaft

Wer Fokusgruppen oder auch Interviews als Datenquellen nutzt, entdeckt die Themen, die den Befragten regelrecht unter den Nägeln brennen, sehr schnell. Sie tauchen häufig auf, werden mit viel Emotion und ausführlich besprochen, wie z. B. in dieser Studie in den Runden der „alten“ Armutsbetroffenen die leichte, aber stetige Preissteigerung für Lebensmittel seit Beginn der Corona-Krise. Andere Themenfelder ziehen sich unauffälliger durch die Gespräche. Sie kommen eher wie Blitzlichter auf: vereinzelt, kurz, aber heftig. In unseren Diskussionsgruppen waren es Hinweise auf Spaltungstendenzen in der Gesellschaft, die sich auf diese Weise bemerkbar machten. Dies kann mit großer Verlässlichkeit als Hinweis gelesen werden, dass sich etwas anbahnt, was als Gesamtphänomen noch nicht so richtig ins Bewusstsein getreten ist, nicht einmal bei den Betroffenen oder Experten*innen. Die Bruchlinien, die die Befragten in den Fokusgruppen ansprachen und die sie

durchwegs mit Unbehagen erfüllen, waren vielfältig, sind aber alle durch die Ausnahmesituation rund um die COVID-19-Pandemie besser sichtbar geworden oder sogar weiter aufgerissen.

Die Rede war von einer „Neiddebatte“ (Wien_D) rund um die Auszahlung der Corona-Familienfonds: Während die schon lange von Arbeitslosigkeit Betroffenen die Zahlungen bereits erhalten hatten, warteten die Antragsteller*innen beim Familienhärtefonds noch immer auf Nachricht und Unterstützung. Das schuf Unfrieden, verstärkt dadurch, dass jene, die durch die Corona-Krise ihren Job verloren hatten oder in Kurzarbeit waren, nicht einsahen, warum die „alten“ Arbeitslosen überhaupt Geld erhalten: „Da war auch die Stimmung dann irgendwie so, ja, wieso kriegt eigentlich jemand, der arbeitslos ist, überhaupt irgendwas?“ (Wien_D) Ein Riss zwischen **Arm und Mittelständisch** wurde sichtbar, aber auch zwischen **vermeintlich verschuldeter und unverschuldeter Armut**.⁸

Einen verwandten Gegensatz nehmen die Kulturschaffenden wahr: Einerseits werde ihre Tätigkeit nicht als vollwertig angesehen, da sie so wenig verdienen: Nur was gut bezahlt ist, hat auch einen Wert. Andererseits werde der Kunst insgesamt die Existenzberechtigung abgesprochen, da sie nicht kostendeckend arbeiten könne und damit den anderen auf der Tasche liege, die in Corona-Zeiten leer sei. Die **Existenzberechtigung der** in Europa durchgehend staatlich **subventionierten Kultur** wurde offen **zur Disposition** gestellt. Dass es auch in der Kulturszene im Kampf um die knappen Mittel zumindest den Versuch einer Spaltung gegeben hatte – Museum gegen Theater – stieß auf Fassungslosigkeit.

„Das ist etwas, was mich auch wahnsinnig gestört hat, (...) wenn man so im Standard gelesen hat ...“ – „Das Standard Forum, die hassen uns.“ – „Wenn (...) ein Künstler verlangt, dass endlich mehr bezahlt wird oder dass den Künstlern geholfen wird, dann toben sich die Leute aus, und sagen, wenn die nicht genug Geld gespart haben, dann ist es ja eh bloß ein Hobby. Wirklich, da ist Gift und Geifer gesprüht, das war entsetzlich.“ (FG Kunst)

⁸ Siehe dazu auch die Präsentation der Fonds auf der Website des Bundesministeriums für Arbeit, Familie und Jugend: <https://www.bmafj.gv.at/Services/News/Coronavirus/Corona-Familienhaerteausgleich.html> & <https://www.bmafj.gv.at/Services/News/Coronavirus/Familienkrisenfonds.html> (abgerufen 25.9.2020)

„Aber wenn sogar die Kulturschaffenden unter sich so uneinig sind, heute in der Presse, der Schröder von der Albertina sagt, Theater und so, auf die kann man gut verzichten, aber mein Museum braucht mehr Geld.“ (Kunst_E)

Eine der wichtigen Begründungen für die Corona-Eindämmungsmaßnahmen war der Schutz der bejahrten Menschen, die ja ein besonders hohes Risiko tragen, am Virus schwer zu erkranken. Für viele war das ein guter Grund, aber nicht für alle. Eine ältere Teilnehmerin berichtete, dass sie angegriffen worden sei, weil sie und ihresgleichen den Jungen die Zukunftschancen genommen haben. Hier ist es ein Spalt **zwischen Alt und Jung**, der sich durchaus massiv aufgetan zu haben scheint.

„Ich habe in dieser Zeit eine unterschwellige und eine ganz offene Aggression gegen alte Leute erlebt. Ich bin nur ganz zeitig in der Früh weggegangen, einfach um das Krankheitsrisiko zu minimieren, und selbst da wurde ich (...) angerempelt von jungen Leuten. (...) Ich lebe in einem Arbeiterbezirk, vielleicht liegt es daran, wahrscheinlich in Döbling und Währing wäre es mir nicht passiert. (...) Ich wurde angepöbelt (...): Wegen euch habe ich keine Arbeit, wegen euch alten Gfrastern muss ich daheim sitzen und kann nicht raus. Ihr alten Hunde, ihr seid schuld. Euch braucht eh keiner, was macht ihr schon noch für die Gesellschaft? (...) Es geht um die Spaltung der Gesellschaft, es geht darum, dass diese Schere immer weiter auseinander geht.“ (Wien_A)

Andere Teilnehmer*innen brachten ihr Unbehagen allgemeiner zum Ausdruck. Sie forderten Maßnahmen zur Förderung des „**sozialen Friedens**“ (Wien_F) und verfolgen „diese ganzen **Verschwörungstheorien** (...) mit einer gewissen Besorgnis“ (Gemischt_F) Es gebe „auch andere Auswirkungen, die viel schlimmer sind als diese finanzielle Komponente. (...) diese **soziale Distanz**, die mittlerweile wirklich in der Gesellschaft zustande gekommen ist.“ Auch wenn von den **Aggressionen** die Rede war, die die Befragten seit dem Lockdown verstärkt wahrnehmen, finden sich Hinweise auf Risse in der Gesellschaft, etwa wenn der frühpensionierte Nachbar die Alleinerzieherin mit vier Kindern angreift, weil sie in Corona-Zeiten arbeitslos ist (siehe Seite 27).

Die **selbstständigen Kulturschaffenden** hatten nach dem Lockdown den Eindruck, „vergessen“ worden zu sein. Sehr lange schien sich niemand für ihre schwierige Lage zu interessieren, was zu großer Verunsicherung und auch zu Kränkung führte. Recht rasch sei ein Fonds aufgetaucht, der eine Entschädigung für abgesagte Konzerte versprach. Doch der „Kultur-Katastrophenfonds“ der Verwertungsgesellschaften für Urheber*innen

und Interpret*innen⁹ habe nicht nur ein ärgerliches Formular aufgelegt, sondern auch kein Geld ausgezahlt, so die Erfahrung einer Antragstellerin.

„Es war doch so, dass man am Anfang ..., es war überhaupt nichts, (...) dann hat man irgendwie das Gefühl gehabt, man hat auf uns vergessen. Es war irgendwie ziemlich schlimm das Ganze (...), dass man sich irgendwie vorgekommen ist wie das Letzte (...).“
– „In irgendeiner Zeitung gab es eine Auflistung, wo die Kulturschaffenden hinter den Bordellen kamen.“ – „Ja genau. Also genau so kamen wir uns vor.“ (FG Kunst)

„Ich betreue Roma, also Musiker, die Roma sind. (...) Da gab es (...) für abgesagte Veranstaltungen einen Fonds, da habe ich für die ganze Gruppe eingereicht, glaube ich, für sechs Leute. Das war megakompliziert. (...) Das war eine volle Verarschung, da ist gestanden Corona-Notfall-Formular: Wieso können Sie denn jetzt kein Konzert spielen? Sind Sie sicher, dass Sie jetzt kein Konzert spielen können? Können Sie jetzt ihr Konzert nicht nachholen? [Gruppe lacht] (...) Es hat niemand von uns was bekommen. (...) Ich kenne keinen einzigen Menschen, der von diesem Fonds für ausgefallene Konzerte etwas bekommen hat.“ (Kunst_D)

Der **Härtefallfonds der Wirtschaftskammer Österreich**¹⁰ brachte allen Teilnehmerinnen an unserer Kunst-Fokusgruppe die erste finanzielle Unterstützung. Die meisten erhielten im Rahmen der ersten Auszahlungsphase (Einreichung zwischen 27.3. und 20.4.) 1.000 Euro, eine Musikerin nur 500 Euro. Inzwischen waren die Kulturinstitutionen bereits wochenlang geschlossen. Schon für Phase 1 sei der bürokratische Aufwand nur mithilfe einer Steuerberatung zu schaffen gewesen, erläuterten die Befragten. Dafür seien rund 300 Euro angefallen, die man eigentlich von der Hilfszahlung abziehen müsse. Noch komplizierter wurde die Antragstellung dann in Phase 2, außerdem hätten die Bedingungen für den Erhalt der Unterstützung „mit der Realität einer Künstlerselbstständigkeit“ nichts zu tun gehabt (Kunst_C). Es sei zur Berechnung nämlich der Verdienst des vergangenen Jahres herangezogen worden, allerdings bei viel zu kurzen Betrachtungszeiträumen. Viele Kunstschafter hätten gar nicht erst einen Antrag gestellt, da nur Bagatellbeträge zu erwarten waren. Wie bei den beiden Familienfonds wurde auch hier kritisiert, dass die Informationen, die an die Öffentlichkeit gegeben wurden, irreführend gewesen seien, und zwar bezüglich beider Auszahlungsphasen.

⁹ „Sozialfonds und SKE-Fonds der Verwertungsgesellschaften für Urheber*innen und Interpret*innen: Tantiemen- oder Honorarausfall/Zuschuss – Musik-UrheberInnen, die durch die Absage von öffentlichen Veranstaltungen und den dadurch bedingten signifikanten Tantiemen- oder Honorarausfall in finanzielle Not geraten, beantragen einen Zuschuss und füllen ein Formular aus, in dem sie Ihre aktuelle Lage kurz beschreiben und die entgangenen Honorare/ Auftritte auflisten.“ (<https://www.akm.at/ueber-uns/soziale-kulturelle-foerderungen-2/kultur-katastrophenfonds/>, abgerufen 25.9.2020)

¹⁰ für einen Übersicht der Corona-Hilfsangebote für Kunstschafter, siehe z.B. <https://www.igkultur.at/artikel/unterstuetzungsmoeglichkeiten-fuer-von-covid19-massnahmen-betroffene-kunst-und#HFF> (abgerufen 25.9.2020)

„Ich kenne überhaupt niemanden, der aus der 2. Phase was bekommen hat, vom Härtefallfonds. (...) Weil halt eben diese Vergleichszeiträume auf unsere Branche nicht anzuwenden sind. (...) Bei mir ist es z. B. so, ich kriege jetzt in einem Monat z. B. 10.000 Euro Gage ausbezahlt, die muss dann aber für die nächsten sechs Monate reichen.“ (Kunst_C)

„Sie haben ja gesagt, man kriegt (...) 2.000 Euro, wenn man mindestens 50 Prozent Einbußen hat. (...) Das waren ja Falschmeldungen, weil plötzlich haben Leute 40 Euro bekommen und 30 Euro bekommen oder 87,50 bekommen. (...) Ich kenne niemanden, der 2.000 Euro bekommen hat, von dieser ersten Stufe. (...) Man war dann schon sehr verunsichert, weil man gemerkt hat, was sie da erzählt haben und was sie dann ausgezahlt haben, das stimmt nicht. Das war irgendwie kein gutes Gefühl.“ (Kunst_D)

Die eigentliche Erleichterung kam mit dem **„Fonds zur Überbrückungsfinanzierung für selbständige Künstlerinnen und Künstler“**, verwaltet von der Sozialversicherungsanstalt der Selbstständigen (SVS). Alle Befragten erhielten – es war inzwischen Juli geworden – rund eine Woche nach der unkomplizierten Antragstellung 6.000 Euro, wobei die davor von der WKO erhaltene Förderung abgezogen wurde.

Einer Musikerin erhielt ein **„Einmaliges Arbeitsstipendium aufgrund von COVID-19“**¹¹ von 2.500 Euro (max. Betrag: 3.000 Euro), ausgezahlt von der Stadt Wien. Das Prozedere sei einfach gewesen, und die Anträge seien in der Regel positiv erledigt worden.

Von den fünf **Ein-Personen-Unternehmer*innen**, die an den Diskussionen teilgenommen haben, erhielten zwei keine staatlichen Hilfszahlungen. Die eine arbeitet erst seit kurzer Zeit auf Basis von Werkverträgen – noch nicht lange genug, um in den Genuss der Corona-Hilfen zu kommen. Sie konnte ihre Tätigkeit auch während des Lockdowns (in geringerem Ausmaß) fortsetzen. Die zweite Unternehmerin stand vor einer schwierigen Situation. Ihre Betriebsstätte war behördlich geschlossen worden. Sie hat drei Gewerbescheine, arbeitet in ihrer eigenen Immobilie und hat Einkünfte aus Vermietungen. Diese Konstellation habe dazu geführt, dass sie keine Unterstützung erhalten habe:

„Ich habe Anträge gestellt, ja. Und z. B. bei den Fixkosten kriege ich aufgrund von der Tatsache nichts, weil die Immobilie mir gehört.“ (Gemischt_G) – „Echt? Aber Unternehmerlohn? Das ist auch das einzige, was mein Mann gekriegt hat vom Fixkostenzuschuss. Weil wir haben auch sonst keine Fixkosten, weil wir daheim natürlich arbeiten.“ (Gemischt_A) – „Ist abgelehnt worden.“ (Gemischt_G) – „Und Härtefallfonds? Warum? Mit welcher Begründung?“ (Gemischt_D) – „Mehrere Gewerbescheine, und ich habe im letzten Jahr einige Sachen vermietet bzw. bin ich zu einem geringen Prozentsatz an einer Vermietung beteiligt. Und alle, die Immobilien vermieten, kriegen sowieso nichts.“ (Gemischt_G)

¹¹ Siehe dazu: <https://www.wien.gv.at/amtshelfer/kultur/projekte/subventionen/arbeitsstipendium.html> (abgerufen 25.8.2020)

In einer verzwickten Situation befand sich auch ein Reisebegleiter, der nur im Sommerhalbjahr auf selbstständiger Basis arbeitet. Im Winter ist er gewöhnlich angestellt, je nach Aushilfsjob, den er findet. Zum Zeitpunkt des Lockdown hatte er seinen Gewerbeschein noch ruhend gestellt und bezog Arbeitslosengeld. Trotzdem erhielt er 1.000 Euro aus dem Härtefallfonds der WKO, von dem schon im Zusammenhang mit den Kunstschaffenden die Rede war – zu Unrecht, wie ihm inzwischen gesagt wurde. Da er Anfang des Jahres nicht selbstständig tätig gewesen sei, habe er keinerlei Anrecht auf die Corona-Hilfe für EPU, erklärte er, auch wenn er den überwiegenden Großteil seiner Einkünfte aus seiner selbstständigen Arbeit als Reisebegleiter bezieht.

Die verbleibenden beiden Unternehmerinnen hatten im August 2020 bereits Hilfgelder erhalten: Für die Kaffeehausbetreiberin, die nach zweimonatiger Zwangspause inzwischen wieder verdiente, war das weniger essentiell als für die Texterin und ihren ebenfalls selbstständig tätigen Mann, die beide noch immer mit massiven Einkommenseinbußen kämpfen. Die beiden Frauen erwähnten, dass es lange gedauert habe, bis die Regelungen für die Förderungen schließlich endgültig gewesen seien, scheinen aber keine Probleme bei der Antragstellung gehabt zu haben. Beide hatten eine Unterstützung aus dem **Härtefallfonds**¹² erhalten: 1.000 Euro pro Monat waren schon dreimal überwiesen worden, und die Aktion war um drei weitere Monate bis zum Jahresende verlängert worden. Die Gastronomin hatte außerdem einen Antrag auf **Fixkostenzuschuss** gestellt, das galt auch für den Mann der Texterin, dem der „Unternehmerlohn“ ersetzt worden war. Die Familie der Texterin hatte außerdem einmalig 1.450 Euro aus dem Familienhärtefonds erhalten.

„Härtefallfonds dreimal 1.000 Euro bis jetzt. Wir hätten theoretisch Anspruch noch auf drei weitere Monate. (...) Den Fixkostenzuschuss habe ich auf 4.000 beantragt. Also bis jetzt 3.000 bekommen, ich hoffe auf noch weitere 7.000.“ (Gemischt_D)

„Die Hilfen, die es ja gibt, die haben uns, meinem Mann und mir jetzt, in diesem Jahr tatsächlich geholfen. Also das muss ich schon sagen. (...) Ich habe einfach diese Minimalförderung gekriegt von 1.000 Euro im Monat, dreimal, und jetzt dann noch dreimal. Mein Mann hat gekriegt, der hat ja wirklich komplett sein Einkommen verloren, der hat ein bissl mehr gekriegt. (...) Das eine war der Härtefallfonds für Selbstständige, das zweite war, das hat nur mein Mann gekriegt, diesen (...) Fixkostenzuschuss. (...) Und dann eben dieser Familienlastenfonds, (...) das waren 1.450 Euro einmalig. Für das bin ich jetzt alles irrsinnig dankbar. Das muss ich jetzt sagen. (...) Das war wirklich und ist weiterhin offenbar wirklich eine große, große Hilfe für uns. Ohne das wären wir tatsächlich jetzt nicht zahlungsfähig.“ (Gemischt_A)

¹² Siehe: <https://www.wko.at/service/foerderungen/haertefallfonds.html> (abgerufen 25.9.2020)

1.5 Was hilfreich (gewesen) wäre

Die Teilnehmer*innen wurden gegen Ende der Diskussion gefragt, welche Angebote für sie hilfreich gewesen wären und was sie anders machen würden, wenn sie das Sagen hätten. Die zweite Frage brachte die Gruppen stets zum Lachen, die geäußerten Wünsche bezogen sich teilweise unmittelbar auf die COVID-19-Pandemie, teilweise haben sie grundsätzlichen Charakter, sind aber aus der Erfahrung der Corona-Krise abgeleitet.

Änderungswünsche mit grundsätzlichem Charakter

Bedingungsloses Grundeinkommen

In allen Fokusgruppen kam die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen auf. Einigkeit herrschte diesbezüglich in den Runden der Armutsbetroffenen, die häufig als Interessenvertreter*innen aktiv sind (z. B. bei der Plattform *Sichtbar werden* oder einem regionalen Armutsnetzwerk¹³) und daher die einschlägigen Diskurse gut kennen. Nur eine Mindestpensionistin äußerte Bedenken: Ein solches Einkommen sei nur sinnvoll, wenn es hoch genug wäre: „nicht ein Minimalbetrag, mit dem man gerade noch nicht verhungert“ (Wien_A) – also höher als das bedingungslose Einkommen in Form ihrer Mindestpension. Die Kunstschaffenden konnten einem Grundeinkommen ebenfalls viel abgewinnen, präsentiert wurde der Vorschlag auch hier von einer Interessenvertreterin: einer Gründerin der *IG Freie Musikschafter*innen*¹⁴. In der gemischten Diskussion äußerte eine Gewerkschaftsfunktionärin, die im März ihren Leiharbeiterinnen-Job verloren hatte, den Wunsch nach einem Grundeinkommen, der bei den Selbstständigen jedoch kaum Widerhall fand.

Weitere Wünsche in Bezug auf Armutsbekämpfung und -prävention

- **Anhebung des Arbeitslosengelds**
- **Leichter Zugang zu kostenlosen Psychotherapien**

Der Mangel an kostenlosen Psychotherapieplätzen ist eine bekannte Lücke in der Versorgung armutsgefährdeter und -betroffener Menschen¹⁵, jener Gruppe also, die nun infolge von Lockdown und Social Distancing besonders oft psychische Probleme hat: „ein kostenloser, leichter Zugang zur Psychotherapie. Das wäre für mich als Armutsbetroffene vor Corona schon wichtig gewesen, und jetzt nochmal mehr.“ (Graz_B)

- **kürzere Fristen für die Schuldenregulierung**

¹³ Links zu [Sichtbar Werden](#) und den [regionalen Armutsnetzwerken](#)

¹⁴ Link zur [IG Freie Musikschafter*innen](#)

¹⁵ Vgl. Dawid, Evelyn / Heitzmann, Karin (2015) Österreichische Nichtregierungsorganisationen in der Armutsbekämpfung: Entwicklungen, Leistungen, Lücken: Endbericht (BMASK, Wien). Riffer, Florian / Schenk, Martin (2015): Lücken und Barrieren im österreichischen Gesundheitssystem aus Sicht von Armutsbetroffenen.

Diese ebenfalls langjährige Forderung gewann neue Aktualität, angesichts gesunkener Einkommen (z.B. wegen Arbeitslosigkeit) und der daraus entstehenden Schwierigkeiten bei der Rückzahlung von Schulden.

Verbesserung der Arbeitsbedingungen freiberuflich tätiger Kunstschaffender, die auf und hinter der Bühne arbeiten

- **Festlegung verpflichtender Mindestgagen**
- **Bindung eines Teils des Ticketpreises für die Gagen**
- **Reform der Künstlersozialversicherung** (vor allem Herabsetzung des Mindesteinkommens, das für den Eintritt in die Versicherung nötig ist)
- **offensiv Bewusstsein für den Wert von Kunst schaffen (schon bei Kindern):** für Kunst an sich und den „Wirtschaftsfaktor“ Kunst, der z.B. für den Tourismus wichtig sei

Öffnung des Zugangs zur digitalen Welt für alle

Schwierigkeiten bei Homeoffice und Homeschooling haben Defizite in der digitalen Versorgung der Bevölkerung zu Tage gebracht, vor allem für Armutsbetroffene. Bei Homeschooling müsse sichergestellt sein, dass alle Schüler*innen rechtzeitig (!) ein Laptop und eine sichere Internetverbindung haben. Für Armutsbetroffene wäre außerdem ein kostenloser und freier Zugang zu Druckern und Scannern (z.B. in den AMS-Geschäftsstellen) hilfreich. Ein anderer Vorschlag lautete, Börsen für gebrauchte Geräte einzurichten.

Vorschläge betreffend die Corona-Maßnahmen

Unbürokratische finanzielle Soforthilfen

Der häufigste Wunsch im Kontext der COVID-19-Pandemie lautete: unbürokratische Auszahlungen von Soforthilfen. Eher bescheiden war die Forderung nach einem einmaligen „Corona-Hunderter oder -Zweihunderter“ für Menschen, die unterhalb des Existenzminimums leben, unabhängig davon, welche Art von Einkommen bzw. Sozialleistung sie beziehen (Graz_D). Andere wünschten sich ebenfalls einmalig (außer für „Reiche“) 1.000 Euro pro Person bzw. 1.500 Euro pro Paar und Haushalt, „damit man auch zu zweit ein wenig die Wirtschaft ankurbeln kann“ (Salzburg_G); hier spielt herein, dass einige Befragte den Eindruck hatten, dass Bedürftige ohne Kinder vergleichsweise wenig Hilfe erhalten haben. Aus den Reihen der Selbstständigen war zu hören, dass es hilfreich gewesen wäre, wenn „zu Beginn des Lockdowns wirklich jeder Gewerbescheininhaber und jedes im Firmenbuch eingetragene Unternehmen einfach mal pauschal 1.000 Euro bekommen hätte. (...) Zumindest diejenigen, die (...) eine behördliche Sperre hatten.“ (Gemischt_G)

Nicht nur schnell, sondern auch unbürokratisch hätten die Hilfen ausgezahlt werden sollen, war in den Runden zu hören, entweder auf Basis von Informationen, die bei den Behörden ohnehin gespeichert seien oder im Vertrauen auf die Angaben in den Anträgen: „Dann hätte jeder gleich ein Geld gehabt, dann hätte man sich erst im Nachhinein rechtfertigen müssen, dann mit hohen Strafen, von mir aus gerne.“ (Gemischt_D)

„Was jetzt ganz konkret in Corona geholfen hätte, dass das Finanzamt, das alle Daten hat, (...) dass die einfach sagen (...): pro Kind 350 Euro oder so. Und das wirklich, wenn man es gebraucht hat, ausbezahlt. Das wäre gewesen spätestens zur Juni-Mitte, aber ganz sicher zur Juli-Mitte. Jetzt kommt August, und das ist noch nicht da. (...) Wieso muss ich mich da zwei, drei Stunden zum Computer setzen, einscannen, hinschicken, wozu braucht man da einen Personalstab, der das wieder berechnet?“ (Wien_C)

Sachlichkeit in der Kommunikation der Bundesregierung, Kohärenz im Maßnahmenpaket zur Pandemie-Eindämmung, Veröffentlichung von transparenten Daten

Was den Umgang der Bundesregierung mit der Pandemie anlangt, konzentrierten sich die Wünsche der Befragten auf die Kommunikation mit der Bevölkerung, seltener bezogen sie sich auf die konkreten Maßnahmen zur Eindämmung der Infektionen. Gefordert wurden:

- ein „vernünftiger, gut abgestimmter Krisenplan“ (Wien_F) auf Basis des gesamten breiten Spektrums an Expertenmeinungen für die erwartete zweite Welle
- eindeutigere und besser nachvollziehbare Regeln
- eine sachlichere und beruhigende Informationsweitergabe

„Die Leute einmal jetzt (...) bewusst oder unbewusst nicht in Angst versetzen, sachlich eigentlich klären, was die nächsten Schritte sind oder wären. Das ist meiner Meinung nach die ganzen Monate nicht gemacht worden. Einmal ist so geredet worden, dann ist wieder so geredet worden. (...) Also im Allgemeinen viel sachlicher mit dem Ganzen umgehen, aber das ist halt ein bissl leichter gesagt als getan.“ (Graz_A)

„Ganz konkret würde ich jetzt Beruhigung einkehren lassen, aber ganz massiv. Nicht jetzt einfach alles ignorieren, das würde auch nicht funktionieren, das würde auch niemanden beruhigen. Sondern wirklich die Fakten anschauen: So und so schaut es aus. Und auch Vergleiche mit der Influenza z.B. zulassen und sagen, okay, Grippetote gibt es halt auch jedes Jahr, ja, es ist traurig. Es ist ein Teil vom Leben. Wir schauen, dass da keine extremen Dinge passieren. Ich glaube, das Allerwichtigste ist die Kommunikation im Moment.“ (Gemischt_A)

- **Spaltungstendenzen in der Gesellschaft aufhalten, den sozialen Frieden sichern**

„Ich würde mir wünschen (...), dass dieser Graben, den wir derzeit wahrnehmen zwischen diesen Extremen (...), dass sich diese beiden Seiten langsam aufeinander zubewegen und tatsächlich lernen, (...) die andere Seite als gleichwertig wahrzunehmen, und dann gemeinsam zu einer Lösung zu kommen, die nicht unbedingt jedem genau passt, aber die dann für alle gangbar ist, ohne einander Schimpfworte an den Kopf zu werfen.“

(Gemischt_A)

- **die ständige Publikation umfassender Daten**, um z. B. Vergleiche anstellen und so die aktuelle Lage in einen Kontext (z. B. mit der Gesamtsterblichkeit) setzen zu können
- **mehr Eigenverantwortung statt Vorschriften**

Proaktive Angebote für Risikogruppen

Ein Vorschlag lautete, Angehörige von Risikogruppen oder eingeschränkt mobile Personen (die dem medizinischen System bekannt seien) gezielt zu kontaktieren und zu eruieren, welche Unterstützung nötig wäre. Eine richtiggehende Betreuung per Telefon wurde jedoch angelehnt, aber „eine Videokonferenz. Das hätte ich mir auch noch vorstellen können, ein bisschen. Aber da brauchst auch einen gescheiten Computer.“ (Salzburg_B) Auch hier ist also die Frage einer ausreichenden Computerausstattung und Internetverbindung relevant. Insbesondere die Alleinlebenden betonten, wie wichtig eine Beschäftigung sei, wenn man viel Zeit in den eigenen vier Wänden verbringt. Hilfreich sei da die Aktion einer Betreuungseinrichtung Linz gewesen:

„Da muss ich auch sagen, danke dem Kunstraum Goethestraße, die haben auch als Aufmunterung Sachen gemacht. Da haben sie dann Packerl ausgeschickt, so kleine Sackerln mit 1.500 Blumen zum Machen, so mit allem dazu. (...) Es haben auch viele gesagt, das hat ihnen geholfen, den Leuten, dass sie diese Beschäftigung wenigstens gehabt haben. (...) Mir selber ist es auch aufgefallen, wenn ich da was gemacht habe, mit den Blumen, dass es mir eigentlich gut geht dann.“

(Salzburg_E)

Wünsche der EPU:

- **klare Richtlinien und Rechtssicherheit bei der Vergabe von Unterstützungsgeldern**

„Es war schon eine stressige Phase, bis sie die Richtlinien für den Härtefallfonds nicht mehr geändert haben und es ist klar wurde, dass auch Leute, die einen negativen letzten Steuerbescheid haben, Anspruch auf (...) finanzielle Unterstützung haben.“ (Gemischt_D)

- **die Berücksichtigung der entgangenen Gewinne bei der Berechnung der Höhe von staatlichen Hilfszahlungen**

„Diese Einkommen, die waren schon sicher geplant für dieses Jahr. (...) Das fällt jetzt aus. Das sind echt finanzielle Verluste, die der Härtefallfonds nicht abgilt, weil die kann man nicht einmal nachweisen, und das wäre ihnen ja auch wurscht. Die rechnen das ja ganz anders. Was man dann wirklich verdient hätte, was ihm wirklich entgangen ist jetzt, das wird nicht abgegolten.“ (Gemischt_A)

- **Verlängerung der Stundung von Zahlungen** (z. B. Steuern, Sozialversicherungsbeiträge)
- **günstige Kredite zur Vorbereitung zukünftiger Aktivitäten**

Zentrale Anlaufstelle, die Auskunft zu allen Corona-Hilfsangeboten geben kann

Der Nutzen von One-Desk-Angeboten in der Betreuung von Armutsbetroffenen und -gefährdeten ist unter Experten*innen schon lange ein Thema. Dieses Konzept tauchte nun im Kontext der Corona-Hilfsmaßnahmen auf: Angesichts der Dringlichkeit von Hilfszahlungen, der Neuartigkeit der Unterstützungsmaßnahmen und des eingeschränkten Zugangs zu Ämtern und Behörden wäre eine zentrale Informationsstelle sinnvoll.

Weitere Wünsche im unmittelbaren Kontext der COVID-19-Pandemie:

- **allgemeine Gesundheitsförderung und Anleitungen für die Stärkung des Immunsystems**
- **im Fall der Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen: Finanzielle Absicherung der Eltern bzw. der Arbeitgeber*innen**
- **im Fall eines Lockdowns: organisierte Lebensmittelspenden („offene Kühlschränke“)**

1.6 Ein Blick in die Glaskugel – Stillstand und verhaltener Optimismus

„Wann wird die Epidemie zu Ende sein? Und wie wird es überhaupt sein (...): Werden wir an einem Tag aufstehen und dann in den Nachrichten hören, das Virus ist jetzt weg, existiert nicht mehr? Und wenn es wirklich nicht mehr existiert, wo und wie ist das möglich? Ich sage, leider, ich glaube, dass das noch sehr lange dauern wird und dass das wirklich leider ein Bestandteil unseres Alltags einfach sein wird, noch eine längere Periode, so wie jetzt. Mittlerweile sind wir es schon so was von gewöhnt, Masken zu tragen, Distanz zu halten und vieles andere.“ (Gemischt_D)

Am Ende der Diskussion stand die Frage, was die Teilnehmer*innen persönlich für das nächste halbe Jahr erwarten, verbunden mit der Bitte, auf einer Skala (bestehend aus drei Smiley: ☹ – 😐 – 😊) anzuzeichnen, wo sie sich gegenwärtig verorten, und wo Ende 2020. In Worten wollten oder konnten die meisten ihre eigene Zukunft nicht einschätzen, aber die Einträge auf der Skala zeigen, dass die persönlichen Aussichten überwiegend positiv gesehen wurden, vor allem in der gemischten Gruppe der „neuen“ Arbeitslosen und Ein-Personen-Unternehmer*innen (positiv: 7, negativ: 0). Die Kunstschaffenden waren eher pessimistisch (positiv: 2, negativ: 3), in den drei Runden der „alten“ Armutsbetroffenen waren die Erwartungen ungefähr ausgeglichen (positiv: 7, neutral: 6, negativ: 5).

Dass die COVID-19-Pandemie die Gesellschaft, die Wirtschaft und das Kulturleben verändern wird, davon waren alle überzeugt. Sie gaben detailreich Auskunft, wohin ihrer Meinung nach der Weg mittel- und langfristig gehen wird. Fürs Erste wird eine Fortsetzung des ungewohnten und meist ungeliebten Ist-Zustands vorausgesagt, begleitet von durchwegs negativen Trends. Der Widerspruch zwischen der unerfreulichen Gesamtperspektive und der eher positiven gefärbten persönlichen könnte als Hinweis darauf gelesen werden, wie schlecht die Befragten die unmittelbare Gegenwart empfanden, gleichsam unter dem Motto: Es kann nur besser werden.

Tabelle 1: Die folgende Veränderungen werden erwartet:

Erwartungen für die Zukunft	Zitate der Betroffenen
<p>Es wird noch eine Weile so bleiben, wie es jetzt ist.</p>	<p>„Wenn ich einen Blick in die Kugel machen darf, dann sehe ich mindestens für die nächsten zwei Jahre mehr oder weniger periodisch immer wieder in großem oder geringerem Ausmaß bestimmte Einschränkungen, Maßnahmen.“ (Gemischt_D)</p> <p>„Generell erwarte ich mir nicht so schnell jetzt eine Besserung. Unter Umständen, dass es sogar jetzt wieder einmal durch diese diversen – von mir aus – Angstmache-Meldungen jetzt wieder einmal zu mehr Panik kommt noch einmal.“ (Gemischt_F)</p> <p>„Ich sehe in nächster Zukunft, dass sich da nicht viel ändern wird und dass die Politiker das auch nicht ändern wollen so schnell. Also es kommt ihnen schon zugute, das Virus, also Demonstrationen können nicht so stattfinden, also das freut schon einige.“ (Gemischt_C)</p> <p>„Die Situation wird sich in den nächsten ein, vielleicht zwei Jahren beruhigen. Aber über's Jahr gesehen, glaube ich, wird sich nichts ändern. Wir werden weiterhin unsere Einschränkungen ein bisschen wahrnehmen müssen oder sollten sie wahrnehmen.“ (Gemischt_B)</p>
<p>Die Menschen sind unsicher, haben weniger Geld und werden daher weniger konsumieren, weniger Geld ausgeben.</p>	<p>„Im Lockdown waren alle in der Schockstarre, jetzt hat man gesagt, ja, wir machen wieder alles auf. Dann hat man Hoffnung genährt. Jetzt sehen die Unternehmer, okay, die Leute kaufen aber nichts. Weil sie Angst haben, kein Geld, sie wissen nicht wie es weitergeht. Sie sind selber prekär. Das war klar, ich glaube, wie ihr sagt, im Herbst wird das offensichtlicher werden.“ (Wien_D)</p> <p>„Es kommt aber tatsächlich auch darauf an, (...) wie die allgemeine Stimmung ist. Weil wenn immer mehr Angst und Verzweiflung um sich greift, ist es ganz logisch, dass immer weniger Geld ausgegeben wird. Dadurch (...) hört das Radl auf zu laufen. (...) Alle Branchen, und das sind viele, die man nicht unbedingt zum Leben und Überleben braucht, glaube ich, haben Grund zur Sorge im Moment.“ (Gemischt_A)</p>
<p>Es werden in naher Zukunft viele Unternehmen in Konkurs gehen, dadurch wird es auch mehr Arbeitslose geben, und aus der Kurzarbeit wird häufig Arbeitslosigkeit werden.</p>	<p>„Es werden ja auch genug Hotels eingehen und Gasthäuser eingehen und Kaffeehäuser eingehen, weil die Touristen fehlen. Also das ist ja auch noch nicht ganz fertig, dieses Kapitel.“ (Kunst_D)</p> <p>„Die Pleitewelle (...) wird bis Ende Jänner nächsten Jahres massiv dann sein, weil die Leute, die jetzt noch umwurschteln mit Kurzarbeit oder als EPU, spätestens, wenn sie dann die Bilanz kriegen, werden viele sagen, sie können nicht mehr. Sie und das Personal sind dann beim AMS, und Existenzen gehen dann en masse drauf.“ (Graz_C)</p>

Erwartungen für die Zukunft	Zitate der Betroffenen
<p>Die Chancen für Einkommensschwache werden sinken.</p>	<p>„Ich mache mir nicht nur wegen mir Sorgen, sondern auch wegen meinen Kindern. Die sind nicht so super, super auf Zack schulisch, die sind gescheit und lieb und gut sozialisiert, aber ich habe einfach wesentlich mehr Zukunftsängste seit Corona. Es war schon vorher so wegen der Klimakrise, aber jetzt ist es noch einmal total verschärft, weil die Wirtschaftskrise dazu kommt, (...) Ich sehe einfach nicht, wo und wie die einen Platz finden würden. In einer totalen Ellbogengesellschaft irgendwie so als Habenichtss sich durchschlagen zu müssen, dass wünsche ich mir für meine Kinder nicht.“ (Graz_B)</p>
<p>Die Armut wird ansteigen.</p>	<p>„Es wird auf uns eine kleine Katastrophe zukommen, wenn nicht gar eine große. Ich rechne mit einem Drittel mehr arme Menschen.“ (Wien_F)</p> <p>„Aber ich befürchte halt auch, dass die Armut, also die Kinderarmut und die Altersarmut dramatisch zunehmen werden.“ (Gemischt_H)</p>
<p>Am Arbeitsmarkt werden die Chancen für die Generation 50plus (oder sogar 45plus) weiter sinken, insbesondere für Personen mit lückenhaftem Berufsverlauf.</p>	<p>„Die Aussichten sind nicht so gut. Ich bin schon fünfzig, ich weiß nicht, ob mich noch jemand nehmen wird.“ (Graz_E)</p> <p>„Wenn du sagst, du bist 50, du kommst nirgends mehr rein, du weißt nicht, ob du noch etwas findest, ich bin 45 und krieg genau das gleiche Gefühl vermittelt vom AMS.“ (Graz_B)</p> <p>„Ich kenne das (...), weil schon vorher generell gesundheitlich ..., kein Führerschein, (...) bin auch 45 Jahre, also auf mich wartet der Arbeitsmarkt auch nicht unbedingt. Ich habe auch einen ziemlich durchbrochenen Lebenslauf, immer wieder Arbeitslosigkeit.“ (Graz_C)</p> <p>„Wie soll ich dann woanders einen Job kriegen? ~ „Und vor allem (...) in unserem Alter. Ich mein, 53.“ ~ „Eben, wenn du dann einmal über 50 bist, schaut die Sache wiedermal ganz anders aus.“ (FG Kunst)</p>
<p>Leistbaren Wohnraum zu finden, wird noch schwieriger werden, insbesondere für einkommensschwache Familien mit mehreren Kindern</p>	<p>„Das nächste, was kommen wird, ist die Obdachlosigkeit. Vor der habe ich ja am meisten Angst. Es war schon vor der Pandemie nicht möglich, eine größere Wohnung zu haben für mehrere Kinder. (...) Meine Befürchtung ist, dass jetzt viele Familien in ein-, Zwei-Zimmer-Wohnungen ziehen werden, völlig verschuldet.“ (Wien_C)</p>

Erwartungen für die Zukunft	Zitate der Betroffenen
<p>Für die Kultur wird weniger Geld da sein. Veranstaltungsorte werden schließen und Theater- und Operntruppen aufgeben. Die Arbeit in diesem Bereich, die bisher schon prekäre Züge aufwies, wird noch schwieriger werden.</p>	<p>„Dann wird unsere ganze Kunst- und Kulturlandschaft ganz schön absterben. (...) Das wird die Gesellschaft aber erst viel später spüren. Und das, was wir haben, dann wiederaufzubauen, das wird viel, viel schwerer sein. Das wird alles so als selbstverständlich hingenommen, dass wir das alles konsumieren können, aber wenn das dann mal wegbricht, also dann, dann wird das erstmal offensichtlich, was das eigentlich für die Gesellschaft beiträgt und leistet.“ (Kunst_C)</p> <p>„Ich glaube, dass es grundsätzlich viel weniger geben wird, weil ich kenne einige, die schon zugesperrt haben, die es sich nicht mehr leisten können wieder aufzusperren. (...) Das sind gerade diese kleinen Sachen, wo sehr viele Freiberufliche sind.“ (Kunst_E)</p> <p>„Ich glaube, dass es mühsamer wird und dass jetzt schon sehr viel zerstört worden ist. Und dass man sich als Künstler oder Musiker oder Theater noch mehr durchbeißen muss, vielleicht sogar auch noch mehr gefallen lassen muss. Und noch kreativer sein muss und da schauen und da schauen, gibt es noch eine zweite Schiene (...)? Wir haben ja eigentlich eine Rezession jetzt (...), die ist noch gar nicht zu Ende, weil jetzt werden noch weitere zusperren, und noch mehr Arbeitslose. Das wirkt sich immer auch auf die Kultur aus, weil dann ist wieder kein Geld da und dann gehen die Leute vielleicht weniger ins Konzert. Und wenn dann die Tickets teurer werden sollten, weil nur halbes Publikum ...“ (Kunst_D)</p>
<p>Viele Kunstschaffende werden keine Arbeit haben – ohne realistische Alternativen.</p>	<p>„Was passiert mit all den Leuten im Theater, die keinen Job mehr haben, und vor allem wo suchen sich die Jobs?“ (Kunst_B)</p> <p>„Ich setze mich dann auch manchmal hin und überlege mir, was kann ich eigentlich sonst noch? [Lachen in der Gruppe] Und dann wirds aber schnell eng. Weil es ist schon sehr spezifisch, mein Beruf, und auch das, was ich kann, ist sehr spezifisch.“ (Kunst_C)</p> <p>„Wir haben jetzt so viele Arbeitslose dazu gekriegt noch, es kommen auch noch mehr Arbeitslose. (...) Auf uns hat keiner gewartet. Ich arbeite mit Roma, und ich habe immer schon versucht, die unterzubringen, immer wieder die Musiker halt, die wirklich nur Musik gemacht haben ihr ganzes Leben. Nicht einmal, wenn jemand jung ist. Wenn jemand 25 ist, und nur Musik gemacht hat, (...) beim AMS ist das wie nichts. Die fragen, hast du einen Staplerschein, kannst du Excel-Tabellen besonders gut, nein, ach so Gitarrist, das brauchen wir nicht.“ (Kunst_D)</p>

Erwartungen für die Zukunft	Zitate der Betroffenen
Im Theater-, Opern- und Konzertbetrieb werden aufgrund der langen Vorlaufzeiten auf Jahre hinaus die Folgen der Schließungen und Absagen spürbar bleiben.	„Was wir jetzt noch gar nicht so auf dem Schirm haben, ist, dass alles, was sich verschoben hat, das hat ja Nachwirkungen. (...) Die Theater müssen ihre ganze Planung neu machen und das verlegt sich jetzt alles um ein Jahr. Konkret heißt das jetzt z. B.: Wenn ich diesen Sommer keinen Vertrag unterschrieben habe für eine Ausstattung, dann werde ich nächsten Sommer auch keinen Job haben. Weil alle Festspiele, die diesen Sommer hätten stattfinden sollen, die werden einfach eins zu eins nächstes Jahr stattfinden. Das hat einfach Konsequenzen, diese ganzen Verschiebungen und Absagen. Das ist nicht nur jetzt für sechs Monate ein Problem, das wird ein Problem, also ich glaube, bis die nächsten zwei Jahre sein.“ (Kunst_C)
Ein-Personen-Unternehmen (EPU) werden kreativer nach Tätigkeitsbereichen und Kunden*innen suchen müssen, sie werden ihre Geschäftsfelder ausweiten müssen.	„Persönliche Erwartung habe ich nicht, außer dass ich dann so geschickt und kreativ sein muss, dass ich dann entsprechend der Situation auch handle. Dass ich mir überlege, wie kann ich jetzt neue Kunden gewinnen.“ (Gemischt_D) „Ich muss mich auf jeden Fall neu orientieren. Das ist überhaupt keine Frage, ich habe Gott sei Dank ein zweites Standbein, das noch sehr klein ist, (...) das vielleicht wachsen kann.“ (Gemischt_A)
Der Planungshorizont für EPU wird kürzer werden.	„Man wird jetzt alles irgendwie kurzfristiger planen müssen, spontaner sein.“ (Gemischt_G)
Die Honorare für EPU werden sinken.	„Vor allem es wird so weiter gehen, dass einfach im Honorarbereich extrem gedrückt wird.“ (Gemischt_G)
Es wird einen Impfstoff gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 geben und eine Diskussion über die Einführung einer Impfpflicht	„Ich sehe auch einen Impfstoff und eine riesige Debatte (...), sobald es auch wirklich offiziell wird, (...) weltweit. (...) Ich bin sehr neugierig, ob es zu einer Impfpflicht in Österreich konkret kommen wird oder nicht. (...) Also ich bin sehr gespannt auf diese Zeiten.“ (Gemischt_D)

1.7 Forschungslücken, die zu schließen wären

Unsere Studie weist darauf hin, dass Menschen, die vor der Corona-Krise einen regulären und fair bezahlten Arbeitsplatz hatten, jetzt aber arbeitslos geworden oder in Kurzarbeit sind, bislang keine gravierenden finanziellen Auswirkungen bemerken. Je nach Verlauf von COVID-19-Pandemie und Konjunktur kann sich dies jedoch ändern. Bei einer unvorteilhaften Entwicklung sollte man diese große Gruppe von potentiell Armutsgefährdeten im Frühjahr oder Sommer 2021 in den Blick nehmen, um rechtzeitig vorbeugende Maßnahmen ergreifen zu können.

Prekäre Arbeitsverhältnisse, „Aufstockung“ durch die Mindestsicherung, geringfügige Zuverdienste zu Sozialleistungen – die Gruppe der „Working Poor“ war vor der Krise unsichtbar, und ist es auch in der Krise. Um mehr über ihre Situation zu wissen und ihren Lebens- wie Arbeitsalltag zu verstehen, ist weitere Forschung angezeigt.

Die Corona-Krise machte die hohe gesundheitliche und psychische Vulnerabilität von Armutsbetroffenen wie Armutsgefährdeten deutlich. Welche lebensweltlichen Auswirkungen das für chronisch Kranke, psychisch Beeinträchtigte oder Langzeitarbeitslose hat, wäre für vorbeugende Maßnahmen wichtig zu erheben. Hierfür kann auch ein Blick auf die psychosoziale Situation von Kindern und ihren Familien hilfreich sein.

Nicht hinreichend beleuchtet ist bisher auch die Situation von EPU, für die ebenfalls gilt, dass die vollen Auswirkungen der Corona-Krise erst im nächsten Jahr wirksam werden. Bis dahin mögen auch die Zahlen der Insolvenzen gestiegen sein, und damit eine neue Gruppe aufgetaucht sein, die von Armut bedroht sein könnte. Auch hier erscheint, je nach wirtschaftlicher Entwicklung, eine Erhebung im Frühjahr oder Sommer 2021 sinnvoll.

Weiters erscheint es wünschenswert, die freiberuflichen Kunstschaffenden nicht aus dem Auge zu verlieren, und zwar sowohl was die Folgen des im Zuge der Pandemiebekämpfung eingeschränkten Kulturbetriebs anlangt, insbesondere aber auch was die mittelfristige Entwicklung der prekären Arbeitsverhältnisse im Kulturbetrieb betrifft.

Schließlich geben die Beschämungs- und Spaltungstendenzen, die Menschen im unteren Einkommenssegment belasten und zu schaffen machen, Anlass für soziologische und sozialpsychologische Forschungsarbeiten. Was sind die Motive, was gemeinsame wie trennende Ansichten, welche Interessen werden verfolgt, wie erklären sich die Menschen ihre Situation und die der anderen, in welchem Zusammenhang stehen sie zu den sozioökonomischen Verhältnissen, was hält „uns“ zusammen?

Für all diese Fragestellungen wären qualitative Studien ein empfehlenswerter Ansatz, wobei sowohl Fokusgruppen mit den Betroffenen die gewünschten Ergebnisse liefern könnten, als auch Einzelinterviews mit Experten*innen aus Einrichtungen der Sozialwirtschaft, die – wie sich mehrfach erwiesen hat – individuell über einen guten Überblick und ein großes Wissen verfügen, das (zusammengefügt durch die Wissenschaft) ein aufschlussreiches Bild ergibt. Eine Kombination beider Erhebungsmethoden in einer Studie erscheint speziell für die Zielgruppe der „neuen“ Arbeitslosen sinnvoll.

Abkürzungsverzeichnis

FG gemischt	Fokusgruppe mit Ein-Personen-Unternehmern*innen und Personen, die infolge der Corona-Krise ihren Job verloren haben, durchgeführt Ende August 2020 in Wien
FG Graz	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, durchgeführt Ende Juli 2020 in Graz
FG Kunst	Fokusgruppe mit Kunstschaffenden, die auf oder hinter der Bühne arbeiten, durchgeführt Anfang August 2020 in Wien
FG Salzburg	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, durchgeführt Ende Juli 2020 in Salzburg
FG Wien	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, durchgeführt Ende Juli 2020 in Wien
Gemischt_A	Fokusgruppe mit Ein-Personen-Unternehmern*innen und Personen, die infolge der Corona-Krise ihren Job verloren haben, Teilnehmerin A (selbstständig)
Gemischt_B	Fokusgruppe mit Ein-Personen-Unternehmern*innen und Personen, die infolge der Corona-Krise ihren Job verloren haben, Teilnehmer B (arbeitslos)
Gemischt_C	Fokusgruppe mit Ein-Personen-Unternehmern*innen und Personen, die infolge der Corona-Krise ihren Job verloren haben, Teilnehmerin C (Jobverlust infolge der Corona-Krise)
Gemischt_D	Fokusgruppe mit Ein-Personen-Unternehmern*innen und Personen, die infolge der Corona-Krise ihren Job verloren haben, Teilnehmerin D (selbstständig)
Gemischt_E	Fokusgruppe mit Ein-Personen-Unternehmern*innen und Personen, die infolge der Corona-Krise ihren Job verloren haben, Teilnehmerin e (Jobverlust infolge der Corona-Krise)
Gemischt_F	Fokusgruppe mit Ein-Personen-Unternehmern*innen und Personen, die infolge der Corona-Krise ihren Job verloren haben, Teilnehmerin D (arbeitslos und selbstständig)
Gemischt_G	Fokusgruppe mit Ein-Personen-Unternehmern*innen und Personen, die infolge der Corona-Krise ihren Job verloren haben, Teilnehmerin D (selbstständig)
Gemisch_H	Fokusgruppe mit Ein-Personen-Unternehmern*innen und Personen, die infolge der Corona-Krise ihren Job verloren haben, Teilnehmerin D (geringfügig selbstständig)

Graz_A	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, Teilnehmer A (Jobverlust infolge der Corona-Krise)
Graz_B	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, Teilnehmerin B (selbstständig working poor, Alleinerzieherin)
Graz_C	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, Teilnehmerin C (arbeitslos)
Graz_D	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, Teilnehmerin D (Reha-Geld-Bezug)
Graz_E	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, Teilnehmerin E (arbeitslos)
Kunst_A	Fokusgruppe mit Kunstschaffenden, die auf oder hinter der Bühne arbeiten, Teilnehmerin A (selbstständig)
Kunst_B	Fokusgruppe mit Kunstschaffenden, die auf oder hinter der Bühne arbeiten, Teilnehmerin B (arbeitslos und selbstständig)
Kunst_C	Fokusgruppe mit Kunstschaffenden, die auf oder hinter der Bühne arbeiten, Teilnehmerin C (selbstständig)
Kunst_D	Fokusgruppe mit Kunstschaffenden, die auf oder hinter der Bühne arbeiten, Teilnehmerin D (selbstständig)
Kunst_E	Fokusgruppe mit Kunstschaffenden, die auf oder hinter der Bühne arbeiten, Teilnehmerin E (selbstständig)
Salzburg_A	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, Teilnehmerin A (unselbstständig working poor, Alleinerzieherin)
Salzburg_B	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, Teilnehmer B (Mindestpension)
Salzburg_C	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, Teilnehmerin C (arbeitslos)
Salzburg_D	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, Teilnehmer D (arbeitslos)
Salzburg_E	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, Teilnehmer E (Jobverlust infolge der Corona-Krise)
Salzburg_F	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, Teilnehmerin F (Mindestpension)
Salzburg_G	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, Teilnehmer G (arbeitslos)

Salzburg_H	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, Teilnehmerin H (arbeitslos)
Wien_A	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, Teilnehmerin A (Mindestpension)
Wien_B	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, Teilnehmerin B (unselbstständig working poor)
Wien_C	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, Teilnehmerin C (unselbstständig working poor, Alleinerzieherin)
Wien_D	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, Teilnehmerin D (arbeitslos, Alleinerzieherin)
Wien_E	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, Teilnehmer E (arbeitslos)
Wien_F	Fokusgruppe mit Personen, die seit längerer Zeit von Armut bedroht oder betroffen sind, Teilnehmerin F (Mindestpension)

